

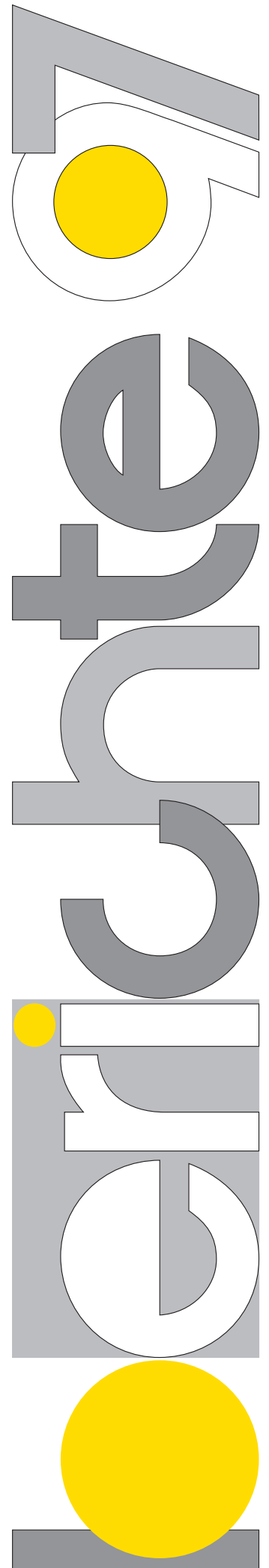


Deutsches Institut für Urbanistik

## Inhalt:

Verkehr im Quartier	2
Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin	6
Perspektivenwerkstatt – Breite Sicht ist weite Sicht	9
Durch Energiesparen den Kommunalhaushalt entlasten	11
TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb	13
Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“	18
Die Mitarbeiterbefragung in der Kommunalverwaltung	22
Seminar zum Thema kommunale Gesundheitspolitik	23
Facility Management in der Kommunalverwaltung	24
Städte im Netz	25
Fallstudienstädte gesucht	26
Energie-Tische – eine Zwischenbilanz	27
Impressum	27
Bestellschein	28

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte



# Verkehr im Quartier

## Wege einer stadtverträglichen Verkehrs- und Freiraumentwicklung im Bestand

Neuer  
Difu-Materialienband

Weitgehend anerkannt ist heute die begrenzte Kapazität von Infrastrukturangeboten zum Ausgleich der seit 40 Jahren kontinuierlich wachsenden Verkehrsnachfrage. Große Unsicherheit besteht jedoch hinsichtlich der Akzeptanz einer Orientierung der Nachfrage auf ein limitiertes oder verringertes Angebot. Es ist anzunehmen, daß die Akzeptanz eines weniger autoorientierten Lebensstils wesentlich von der Gestaltung des Umfelds bestimmt wird. Beispiele hierfür sind die Angebotsdichte sozialer und kommerzieller Infrastruktur in der Nähe, kleinräumige Funktionsmischung, ÖPNV-Erschließungsqualität wichtiger alltäglicher Ziele sowie die Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Straßen und Plätzen.

Der zur Zeit überwiegend verfolgte Weg zur Verringerung der Autonutzung besteht in einer Förderung des ÖPNV und einer teilweise gesteuerten Verringerung innerstädtischer Stellplatzangebote für Berufspendler. Diese Strategie baut auf das in der Regel gute ÖPNV-Angebot zu den Berufsverkehrszeiten, ferner die in den Verkehrsspitzenzeiten durch Stau verlängerten Autoreisezeiten sowie die relativ regelmäßige und daher gut kalkulierbare Fahrtenstruktur der Berufswege. Durch die konsequente Anwendung dieses Ansatzes und eine über einen längeren Zeitraum konstante Verkehrspolitik konnte so in einzelnen Städten wie Freiburg und Karlsruhe ein weiterer Anstieg des städtischen Autoverkehrsaufkommens verhin-

dert werden. Eine Reduzierung des Autoverkehrs auf ein stadtverträgliches Maß wurde bisher jedoch nicht erreicht. Versuche, den restriktiven Teil dieser „Pull-and-push-Strategie“ zu erweitern und Parkraumbewirtschaftung über den engeren Innenstadtbereich hinaus auf die angrenzenden Wohn- und Mischgebiete auszudehnen, stießen bisher auf erheblichen Widerstand.

Neben angebotsorientierter Verkehrsinfrastrukturplanung, einschließlich der Förderung des Umweltverbundes, werden unter anderem folgende Wege zur Erreichung insgesamt stadtverträglicher Verkehrssysteme diskutiert und in ersten Versuchen auch bereits realisiert:

### Sperrung

Verkehrssperrungen sind, bezogen auf einzelne Straßen, ein häufig angewandtes Mittel der Verkehrssteuerung. Die Möglichkeit der Sperrung von ganzen Stadtteilen wurde in Deutschland zur Abwendung akuter gesundheitsgefährdender Immissionslagen eingeführt (Smog-Verordnung). Daneben haben einige wenige Städte (Aachen, Erfurt, Lübeck) zeitlich befristete Sperrkonzepte für ihre Innenstädte entwickelt. Während diese Konzepte in Deutschland überwiegend an Einsprüchen der Einzelhandelsverbände scheiterten, sind sie beispielsweise in Italien fester Bestandteil der Verkehrsplanungspraxis. Die erzielten Autoverkehrsverringerungen sind, wie die Erfahrungen der Stadt Bologna zeigen, deutlich höher als die mit höherem finanziellen Aufwand herbeigeführten Ergebnisse deutscher „Pull-and-push-Konzepte“. Wie die Erfahrungen in Italien aber auch zeigen, ist die Akzeptanz von Verkehrssperrungen an bestimmte lokale Voraussetzungen gebunden: offensichtliche Nichteignung der gesperrten Gebiete für die Autoerschließung und eine hohe Straßenraumqualität. Die häufigsten Anwendungsorte sind daher historische Altstädte.

### Benutzervorteile

Eine besondere Regelungsform ist eine bedingte Sperrung. Ausgenommen sind Fahrzeuge mit umweltfreundlicher Technik (Zufahrt bei Inversionswetterlagen nur mit regeltem Dreibege-Katalysator, Zufahrt nur für lärmgekapselte Lkw, Zufahrt nur für Lkw bis 2,5 t Gesamtgewicht oder als Logistikfahrzeug). Die Sperrung dient der Reduzierung von Umweltbelastungen,

Knaak-/Rykestraße, Berlin-Prenzlauer Berg, (Ist-Situation)



Foto: Michael Lehmbrock

während die gewährten Benutzervorteile die Markteinführung neuer umweltfreundlicher Techniken unterstützen. Deutliche lokale Belastungsreduktionen sind, wie die Erfahrungen der Stadt Heidelberg mit der Einführung lärmgekapselter Lkw zeigen, besonders dann erreichbar, wenn marktfähige Techniken vorliegen. Weniger gut geeignet ist das Modell der Benutzervorteile bei komplexeren Problemstellungen, wie bei der Reduzierung von Nutzungskonkurrenzen in öffentlichen Straßenräumen.

### Verkehrsmarkt

Vornehmlich auf europäischer Ebene wird eine Liberalisierung des Verkehrsmarktes angestrebt. Die Städte sind davon durch die „Regionalisierung des ÖPNV“ und durch Begünstigungen des Straßengüterverkehrs mit deren teilweise widersprüchlichen Auswirkungen betroffen. Es sind aber auch Maßnahmen zur Steuerung kommunaler Teilverkehrsmärkte denkbar. Mit direkter Wirkung auf den motorisierten Individualverkehr könnten diese beispielsweise ein Parkraummarkt sein, der Sonderparkvorrechte für Anwohner und Betriebe durch nutzungsorientierte Gebühren ersetzt, eine privatisierte Parkraumüberwachung oder die Einführung von Road-pricing auf kommunalen Straßen.

In Amsterdam, Kopenhagen und Stockholm werden marktwirtschaftlich orientierte Parkraumkonzepte bereits seit Jahren mit Erfolg angewendet. Sie bedeuten vor allem für die Anwohner einen wesentlich höheren Preis für die Nutzung von Straßenparkplätzen.

### Verkehrssparende Stadtteile

Es ist Aufgabe der gesamtstädtischen und regionalen Entwicklungsplanung, Zentralitätsmuster zu schaffen, die möglichst wenig Verkehr erfordern, und Einrichtungen mit hohem Publikumsverkehr an leistungsfähigen ÖPNV-Knotenpunkten zu konzentrieren. Nachhaltige Stadtteilplanung soll ein verträgliches Miteinander verschiedenartiger Nutzungen organisieren, notwendigen Autoverkehr beruhigen und distanzsteigernde Überzentralisierung vermeiden.

Der Quartierstyp der sogenannten Gründerzeitgebiete in innenstadtnaher Lage gilt als Beispiel für einen überwiegend akzeptierten Stadtgrundriß mit deutlicher Trennung privater und öffentlicher Räume, mit hoher baulicher Dichte und überwiegend guter Infrastrukturversorgung, mit gemischten Nutzungsstrukturen sowie flexiblen, anpassungsfähigen Gebäudestrukturen.

Diese Stadtteile sind begehrte Wohn- und Arbeitsgebiete. Ihre Bewohnerinnen und Bewohner praktizieren bei einem insgesamt geringeren Verkehrsaufkommen seltener einen autoorientierten Lebensstil als die städtische Gesamtbevölkerung. Dies zeigen vergleichende Untersuchungen wie die Studie von Christian Holz-Rau „Kleinräumige Analysen des Verkehrsverhaltens“ im Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung, Bad-Godesberg 1995. Ausschlaggebend für dieses verkehrs-sparende Verhalten sind die geringeren Distanzen werktäglicher Wege.

Für diese Stadtteile sind relativ geringe Stellplatzangebote auf den Privatgrundstücken wie auf den öffentlichen Straßen und Plätzen charakteristisch, die deutlich unterhalb der Stellplatznormen und auch der aktuellen Nachfrage liegen. Daraus ergeben sich erhebliche Nutzungskonkurrenzen im öffentlichen Straßenraum und bei mangelnder Rahmensetzung auch Verdrängungen schwächerer Nutzergruppen. Zum Beispiel wird Kinderspiel auf der Straße gefährdet und letztlich auch reduziert.

Die überwiegend nicht gelösten oder zum Nachteil schwächerer Nutzergruppen entschiedenen Nutzungskonflikte um öffentlichen Freiraum deuten auf die Notwendigkeit begleitender Regelungen hin. Wesentlich ist die gegenseitige Abhängigkeit von Baudichte, nutzungsneutralen Gebäudeformen, öffentlichen Straßen- und Platzräumen, die sowohl Erschließungs- als auch Aufenthaltsfunktionen übernehmen und gemischte Gebäudenutzungen mit einer Konzentration publikumsintensiver Nutzungen in der Erdgeschoßzone. Für die Neuplanung nachhaltiger Stadtteile scheint, wenn der Weg kleinteiliger

*Car-Sharing-Station in der Knaack-/Rykestraße, Berlin-Prenzlauer Berg, (Fotomontage)*



*Foto und Zeichnung: Michael Lehmbruck*

Nutzungsmischung verfolgt wird, eine Orientierung an den Qualitäten des städtebaulichen Typs „Gründerzeitviertel“ erforderlich zu sein. Damit bleiben aber auch die oben beschriebenen Nutzungskonflikte im öffentlichen Straßenraum nicht auf Altbaugebiete und Gründerzeitviertel begrenzt.

### Renaissance der Straße

Auch Stadtstraßen werden im Planungsverfahren häufig nur als bloßes Verbindungselement behandelt. Beim Straßentwurf werden überwiegend nur der Durchfluß von Kraftfahrzeugen und weniger lokale Nutzungsanforderungen berücksichtigt. So entsteht besonders in Neubaugebieten oft der Eindruck, als ob Straßenraum als Restgröße ohne eigene Bestimmung, die sich zufällig aus einer auf

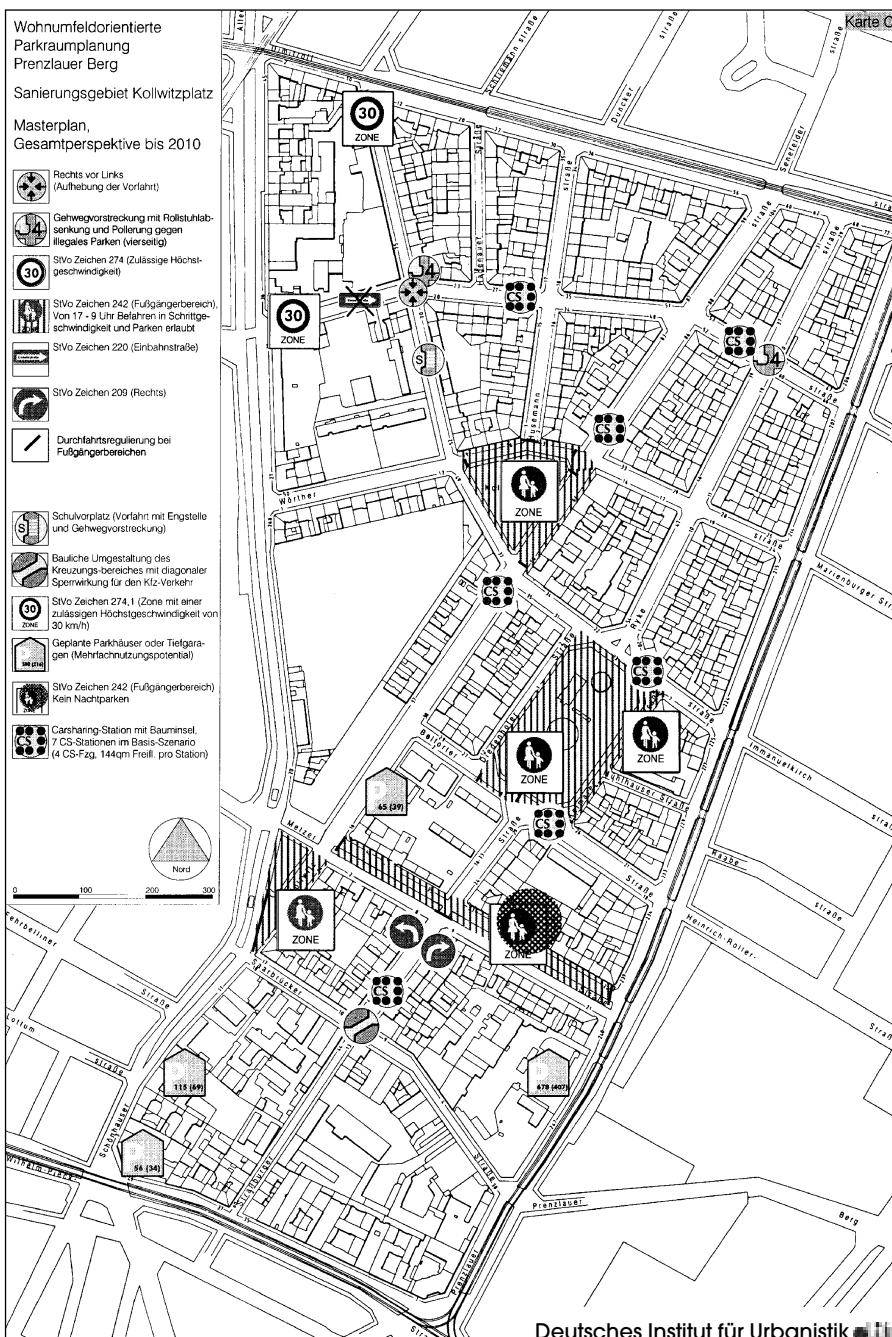
das einzelne Gebäude konzentrierten Optimierung von Architekturentwürfen ergibt, betrachtet würde.

Dieser Stadtplanungspraxis entspricht in gewisser Weise auch das Straßen- und Bauordnungsrecht. Gemeindefußstraßen sind dem Gemeingebrauch gewidmet. In den Grenzen straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen besteht ein allgemeines Nutzungsrecht für jedermann. Diese sind überwiegend den Anforderungen des Kfz-Verkehrs angepaßt. Um eine „Übernutzung“ der Straßen durch abgestellte Kfz zu verhindern, wurde bereits Ende der 30er Jahre (noch vor einer tatsächlich vorhandenen Massenmotorisierung) eine Stellplatzbaupflicht für private Bauherren eingeführt. Sie wird nach wie vor damit begründet, daß neue bauliche Anlagen Ursache zusätzlichen Autoverkehrs und zusätzlicher Stellplatznachfrage seien, für die auf dem Baugrundstück Vorsorge getroffen werden müsse. Diese Regelungform ist nicht zwingend. Es wäre auch möglich, die Stellplatznachweispflicht, wie etwa in Japan, dem Autokäufer aufzuerlegen oder den Autokauf zusätzlich zu besteuern wie in Dänemark.

Folge der in Deutschland praktizierten indirekten Regelung ist ein überwiegend geringes Bewußtsein für Flächenbedarf und Kosten des Parkens. Neubaugebiete mit höheren Baudichten und geringeren Parkplatzangeboten oder höheren Stellplatzkosten stoßen auf Ablehnung. Die Erfüllung der Stellplatznormen zieht geringere Baudichten nach sich. Der Gemeingebrauch der Straße wird de facto als Dauerparkrecht mißinterpretiert. Die durch die Stellplatznachweispflicht erzeugte Angebotserweiterung stimuliert weiteren Autobesitz, der eine Nachfrage nach zusätzlichem Straßenraum nicht nur vor den Neubaugrundstücken, sondern im ganzen Quartier erzeugt. In Altbaugebieten überlagert sich die Nachfrage dieses zusätzlichen fließenden Kfz-Verkehrs mit den örtlichen Parkraumdefiziten. Auch dort wird der mit dem Rechtsbegriff des „Gemeingebrauchs“ umschriebene allgemeine Nutzungsanspruch unter dem Druck der Motorisierung weitgehend auf Autoverkehrsnutzungen reduziert.

Es sind daher sowohl für die Stabilisierung vorhandener Innenstadtquartiere als auch für neu zu planende nachhaltige Stadtteile Rechtsgrundlagen, Instrumente und Maßnahmenbündel zu entwickeln, die neue Chancen eines echten Gemeingebrauchs der Straßen eröffnen und damit eine Rückgewinnung von Urbanität ermöglichen. Dies können Städte nicht allein leisten, dazu ist auch eine Änderung der Rahmenbedingungen erforderlich. Al-

Parkraumplanung  
Berlin-Prenzlauer Berg



lerdings kann mit kleinen Maßnahmen vor Ort begonnen werden, die zeigen, daß weniger autoorientierte Lebensstile möglich und akzeptiert sind.

In dem Materialienband werden auf der Basis umfangreicher empirischer Erhebungen am Beispiel eines innenstadtnahen Wohn- und Mischgebiets mit geschlossener Blockrandbebauung drei Wege dargestellt, die auch bei den bestehenden Rahmenbedingungen einen Beitrag zur Verbesserung der Freiraumangebote in Gründerzeitvierteln mit erheblichen Stellplatzdefiziten leisten können und dennoch eine akzeptable Parkraumsituation für die Anwohner beibehalten:

#### **„Mehrfachnutzung öffentlicher Straßenräume“**

Empfohlen wird die Einrichtung von Fußgängerbereichen, die überwiegend der Verbesserung des Wohnumfelds, der Spielmöglichkeiten auf der Straße und der Aufwertung vorhandener Plätze dienen. In diesen Fußgängerbereichen soll nachts das Parken von Anwohnern erlaubt sein. Soweit am Tage noch ausreichende Stellplatzreserven bestehen, ist diese Maßnahme für motorisierte Anwohner „bilanzneutral“. Auf diese Weise kann mehr Aufenthaltsqualität geschaffen werden, ohne die Parksituation zu verschlechtern. Zugleich kann mit diesen Fußgängerbereichen der Durchgangsverkehr beeinflusst werden.

#### **„Wohnumfeldorientiertes Car-Sharing“**

Neben einer besseren Organisation der Nutzung öffentlichen Straßenraums ist mittel- und langfristig eine Verringerung der Motorisierung erforderlich. Dies ist auch freiwillig möglich. Maßnahmen zur Förderung des Car-Sharing sollten mit Straßenraumgestaltung verbunden werden. Dazu sollen Straßenbereiche „teilentwidmet“ und öffentliche Plätze geschaffen werden, die jeweils eine Car-Sharing-Station mit Raum für vier Fahrzeuge erhalten, und auf denen in dem Umfang Flächen für Kommunikation, Aufenthalt, Spiel, Bäume und sonstige Bepflanzung eingerichtet wie Autos abgeschafft werden. Diese neuen Plätze werden als zentrales Element einer lokalen Werbekampagne „Bäume durch Car-Sharing“ verstanden.

#### **„Mehrfachnutzung gewerblicher privater Parkieranlagen“**

Zur Verbesserung des Freiflächenangebots in den Blockinnenbereichen sollten die dort vorhandenen Parkstände um 50 Prozent reduziert werden. Der Ausgleich des dadurch vor allem nachts entstehenden Defizits soll durch Mehrfachnutzung gewerblicher Parkieranlagen erfolgen. Voraussetzung dafür sind ver-

tragliche Vereinbarungen über Anwohnerparkrechte und Preisgleitklauseln.

Eingeordnet sind diese Maßnahmen in einen Masterplan zur Straßenraumgestaltung, der vorrangig an den Anforderungen einer kinderfreundlichen Umwelt orientiert ist (Vernetzung von Spielgelegenheiten, Schulwegsicherung usw.). Mit einer Parkraumbilanz wurde nachgewiesen, daß mit zeitversetzten Nutzungen und ökonomischer Flächeninanspruchnahme erhebliche Wohn- und Arbeitsumfeldverbesserungen ohne negative Auswirkungen auf die Parkmöglichkeiten zu realisieren sind.

Die besonders bei kleinräumigen Parkraumuntersuchungen häufig vorherrschenden statischen Betrachtungsweisen konnten hier überwunden werden. In Szenarien zur strukturellen Entwicklung der Untersuchungsgebiete wurden die zu erwartende Motorisierung und die maximale Stellplatznachfrage ermittelt und den Stellplatzangeboten gegenübergestellt, die bei einem fairen Kompromiß mit den Belangen der Freiraumnutzung verbleiben. Die oben genannten Projekte ergaben wesentliche Potentiale zur Minderung von Nutzungskonflikten und zum Ausgleich von Bilanzungleichgewichten.

Die Umsetzung dieser Planungen ist in einem Altbauquartier ohne die Akzeptanz der Bewohnerinnen und Bewohner nicht denkbar. Es wurde daher ein modularer Aufbau der Planungen gewählt, der zwar einen Zeitrahmen enthält, aber an die örtlichen Bedürfnisse angepaßt werden kann. Der Lernprozeß kann in mehreren Schritten erfolgen. Zugleich sind die Erfahrungen mit einzelnen Planungselementen (z.B. wohnumfeldorientierte Fußgängerbereiche, „platzbildende“ Car-Sharing-Stationen) auf andere Projekte übertragbar.

Die Ergebnisse wurden mit allen am Berliner Planungsprozeß Beteiligten diskutiert und werden als Grundlage für die praktische Umsetzung der auf den Straßenraum bezogenen Stadterneuerung im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg dienen.

Das Vorhaben wurde in einer Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Instituts für Urbanistik mit der Gesellschaft für angewandte Stadt- und Strukturforchung GbR (KommunalData) entwickelt.

**Weitere Informationen:**  
**Dipl.-Ing. Michael Lehm Brock**  
**Telefon: 030/ 39001-252**  
**E-Mail: lehm Brock@difu.de**

**Bestellung:**  
**siehe Bestellschein**



# Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin

**Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin, erstellt von Günter Baasner (Baasner, Möller & Langwald); Heidede Becker, Robert Sander (Difu)**

Die Mischung städtebaulicher Funktionen als stadtentwicklungspolitisches Leitbild hat in der gegenwärtigen neuen Phase gesamtstädtischer Entwicklungsplanung einen hohen Stellenwert: Großes Gewicht wird unter anderem auf die stadträumliche Verflechtung von Wohnen, Arbeit, Politik, Bildung sowie Kultur gelegt. Wie Berlin im Rahmen seines Flächennutzungsplans von 1994 orientieren auch andere Großstädte wie Frankfurt am Main, Hamburg, München oder Heidelberg ihre Stadtentwicklungskonzepte an Leitzielen der Funktionsmischung und Verdichtung.

## **Untersuchungsauftrag und Arbeitsschritte**

In der Untersuchung „Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin“ ging es vor allem darum, die im Flächennutzungsplan von 1994 neu dargestellten „Gemischten Bauflächen“ M2 in ihrer Größenordnung und Potentialität zu erfassen. Darüber hinaus sollten die Tragfähigkeit des Konzepts Funktionsmischung weiter geprüft und Umsetzungsstrategien entwickelt werden. Die Untersuchungsergebnisse gründen sich auf mehrere Arbeitsschritte:

- eine Analyse zum Stand der Fachdiskussion,
- eine Umfrage in deutschen Städten zur Planung und Realisierung funktionsgemischter Quartiere,
- die Ermittlung der Integrationsfähigkeit und Mischungseignung gewerblicher Nutzungen anhand von Berliner Daten und Erfahrungswerten,
- die quantitative und qualitative Untersuchung der Berliner M2-Flächen nach räumlicher Verteilung und Entwicklungspotentialen,
- eine Analyse restriktiver Bedingungen am Beispiel von drei in Umsetzung befindlichen Bauvorhaben mit unterschiedlichen stadträumlichen und planungsrechtlichen Voraussetzungen sowie
- Diskussionen im Rahmen eines Experten-Workshops zum Austausch von Praxiserfahrungen mit Programmen, Instrumenten und Organisationsformen.

## **Funktionsmischung in der Fachdiskussion**

Die Auswertung veröffentlichter Untersuchungs-, Diskussions- und Erfahrungsberichte zeigt, daß einige wichtige Aspekte noch zu wenig Beachtung finden. Dazu gehören die räumliche Betrachtungsebene, die Zeitdimension, der informelle Sektor sowie Lücken im empirischen Wissen. Deutlich fehlen bisher Untersuchungen zur Entwicklung der Nutzungen in Stadtteilen über größere Zeiträume, so daß viele Argumente und Vorschläge zur Funktionsmischung auf Plausibilitätsannahmen und vereinfachten Bilanzierungen beruhen.

Neue Mischungskonzepte werden vor allem im Rahmen von Stadterweiterungen, großflächigem Stadtumbau und der Wiedernutzung von brachgefallenen Flächen und Gebäuden verfolgt, wobei sich Strategien und Maßnahmen je nach städtischem Entwicklungszusammenhang unterscheiden. Im Bestand stehen Stabilisierung und Erhaltung funktionsgemischter City-Bereiche im Mittelpunkt mit der besonderen Aufgabe der Sicherung von Wohnnutzung. Bei der Umstrukturierung und Wiedernutzung brachgefallener Industrie- und Konversionsflächen sowie Großinfrastrukturen (Industrie-, Zechen-, Hafen-, Schlachthof-, Bahn- und Militärf Flächen) geht es vor allem um die Entwicklung einer standortadäquaten Nutzungsmischung. Im Neubau kommt bisher meist nur das engere Mischungsspektrum von Wohnen, Nahversorgung und Arbeiten zum Tragen, das nur in Ausnahmefällen auch mit sozialkulturellen und anderen Angeboten verbunden ist. Bei Konzepten zur Revitalisierung von Großsiedlungen wird vor allem auf die nachträgliche Integration von bis dahin fehlenden Nutzungen wie Zentrumsfunktionen und Dienstleistungen gesetzt.

## **Gebiets- und Projektbeispiele in anderen deutschen Städten**

Die Umfrage zu funktionsgemischten Gebiets- und Projektbeispielen in zwanzig deutschen Städten bestätigt die wachsende Bedeutung des Leitziels Funktionsmischung bei der Planung neuer Stadtquartiere. Zehn Fallbeispiele aus neun Städten wurden genauer untersucht und dokumentiert.

Dabei handelt es sich um drei Neuplanungen auf bis dahin unbebauten Flächen:

- München-Arabbellapark,
- Freiburg-Rieselfeld,
- Falkensee-Falkenhöh

und um sieben neue Quartiere auf Umstrukturierungsfläche:

- München-Riem,
- Tübingen-Französisches Viertel,
- Bottrop-Prosper III,
- Hannover – Pelikan-Viertel,
- Duisburg – Innenhafen,

davon zwei auf Flächen, bei denen es auch zu großen Teilen um den Erhalt bestehender Nutzungen geht,

- Hamburg-Harburg – Binnenhafen,
- Ludwigshafen – Rheinufer-Süd.

Konzeption und Ausgangslage variieren bei den Fallbeispielen erheblich; allein die Größenordnung der Flächen schwankt zwischen zehn und 556 Hektar.

Sowohl der Stand der Fachdiskussion als auch die Umfrageergebnisse aus anderen deutschen Städten machen deutlich, daß die thematisierten Funktionsmischungskonzepte hinsichtlich der Art der bisherigen Nutzungsmischung weiterhin eher traditionell angelegt sind und keine qualitativ neuen Ansätze aufweisen. Generell ist ein Trend zu eher großmaßstäblichen Mischstrukturen auf Quartiersebene erkennbar. Die in vielen Beispielprojekten geplante oder in Teilen bereits realisierte Funktionsmischung bewegt sich überwiegend im herkömmlichen Rahmen der Mischung von Wohnen, Nahversorgung, sozialer Infrastruktur sowie Büro- und Dienstleistungsnutzung. Die Kategorie „neu“ bezieht sich im wesentlichen auf veränderte Betriebsstrukturen, auf gewachsene Anteile tertiärer Nutzungen, auf gewandelte Standortprofile, auf die neuen Lebensstile der privaten Haushalte sowie auf veränderte Marktchancen und Hemmnisse.

#### Mischungseignung und Integrationsfähigkeit gewerblicher Nutzungen

Unter den Aspekten Verträglichkeit, Maßstäblichkeit und Zulässigkeit wurden für einzelne Wirtschaftssektoren Annahmen zu vertretbaren Betriebsgrößen getroffen; auf dieser Grundlage ließ sich pauschal errechnen, daß theoretisch rund 45 Prozent aller bestehenden Arbeitsplätze in Berlin für eine „feinkörnige“ und zusätzlich noch einmal 25 Prozent für eine „grobkörnige“ Mischung geeignet sind. Das ergibt insgesamt 70 Prozent aller Arbeitsplätze. Dabei entfällt mit fast drei Viertel der

Hauptanteil auf den Dienstleistungssektor. Eine Verknüpfung der ermittelten Arbeitsplatzzahl mit Erfahrungswerten hinsichtlich des Flächenbedarfs je Arbeitsplatz in den einzelnen Sektoren ergibt ein überschlängiges Flächenpotential von 26,5 Mio m<sup>2</sup> Bruttogeschoßfläche (BGF) für feinkörnige Mischung im Block und von 42,5 Mio m<sup>2</sup> BGF für grobkörnige Mischung im Quartier. Der durchschnittliche Flächenbedarf pro Arbeitsplatz beträgt 33 m<sup>2</sup> BGF. Daraus folgt, daß bei einem Verhältnis von 73,5 Prozent (BGF Gewerbe) zu 26,5 Prozent (BGF Neubau-Wohnen) die Zahl der Arbeitsplätze etwa der Zahl der Erwerbstätigen unter der Wohnbevölkerung entsprechen müßte.

#### Stadträumliche Verteilung und Neubaufächenpotentiale der M2-Flächen

Die gemischten M2-Bauflächen des Berliner Flächennutzungsplans (FNP) von 1994 sind als Flächen mit mittlerer (gegenüber den M1-Flächen mit hoher) Nutzungsdichte definiert und entsprechend der Kategorien der BauNVO als Mischgebiet (MI) charakterisiert. Insgesamt wurden im FNP '94 knapp 3 500 Hektar M2-Flächen ausgewiesen, die sich auf sehr unterschiedliche städtische Situationen beziehen. Nach der räumlichen Verteilung betreffen sie im wesentlichen die

*Gebietsbeispiele für Funktionsmischung in Berlin*

Gebiet	Lage in der Stadt	Gebietsgröße (ha)	Planungstyp
Quartier Spittelmarkt	Innenstadt	5	Neuplanung
Potsdamer/Leipziger Platz	Innenstadt	95	Neuplanung
Siemensstadt – Paulsternstraße	Umfeld eines Ortsteilzentrums	55	Neuplanung/ Umstrukturierung
Gewerbepark Am Borsigturm	Umfeld eines Ortsteilzentrums	15	Umstrukturierung
Wissenschafts- und Technologiestadt Adlershof	Umfeld eines Ortsteilzentrums	420	Umstrukturierung
Neue Vorstadt Karow-Nord	nordöstlicher Stadtrand	98	Neuplanung
Neue Vorstadt Französisch Buchholz	nordöstlicher Stadtrand	51	Neuplanung
Rudower Felder	südlicher Stadtrand	45	Neuplanung
Wasserstadt Oberhavel	Umfeld eines Ortsteilzentrums	206	Neuplanung/ Umstrukturierung
Rummelsburger Bucht	Innenstadtrand	130	Neuplanung/ Umstrukturierung
Biesdorf-Süd	Stadtrand	142	Neuplanung
„Alter Schlachthof“ Eldenaer Straße	Innenstadtrand	50	Neuplanung/ Umstrukturierung
Stadtteilzentrum Hellersdorf	östlicher Stadtrand	31	Revitalisierung einer Großsiedlung
Marzahner Promenade	östlicher Stadtrand	36	Revitalisierung einer Großsiedlung

Quelle: Baasner, Möller & Langwald; Deutsches Institut für Urbanistik

**Weitere Informationen:**  
**Dr.- Ing. Heidede Becker**  
**Telefon: 030/39001-298**  
**Dipl.-Soz. Robert Sander**  
**Telefon: 030/39001-267**

**Bestellung:**  
**siehe Bestellschein**

Außenbezirke und hierbei Neubauflächen. Der räumliche Schwerpunkt liegt mit mehr als der Flächenhälfte in den östlichen Außenbezirken, wobei allein auf den Nordostraum (Bezirke Pankow und Weißensee) 650 Hektar entfallen und damit ein Flächenanteil größer als die M2-Flächen in allen westlichen Außenbezirken dargestellt ist.

Um die Neubaupotentiale auf M2-Flächen genauer abschätzen zu können, wurde eine Kategorisierung nach idealtypischen städtebaulichen Situationen vorgenommen. Bei der Unterscheidung nach Bestandsflächen mit geringem Entwicklungspotential, Flächen für Ergänzung und Weiterentwicklung mit mittlerem Entwicklungspotential und Neubauflächen mit hohem Entwicklungspotential fällt auf, daß Schwerpunkte bei der Bestandssicherung in den westlichen Innenstadtbezirken und Schwerpunkte der Neuentwicklung in den östlichen Außenbezirken liegen.

**Schlußfolgerungen und Empfehlungen**

Das Leitbild nutzungsverflochtener und dichter Stadtstrukturen erfordert die Formulierung von konkreten Leitzielen nicht nur für städtische Teilräume, sondern auch für die Gesamtstadt und die Region. Die Komplexität des Ziels Funktionsmischung, die Vielfalt der Aufgaben sowie die Vielzahl der beteiligten Akteure verweisen auf die große Bedeutung begleitender und die Umsetzung von Mischungskonzepten stützender Strategien der Kooperation, Beratung und systematischen Vermarktung. Ein neu zu schaffendes Monitoring-System könnte in diesem Zusammenhang dazu beitragen, mischungsrelevante Entwicklungen in der Stadt laufend zu beobachten, exemplarische Verfahren zu recherchieren und Modellvorhaben vorzubereiten.

Es besteht weitgehend Konsens darüber, daß das planungsrechtliche Instrumentarium der Realisierung von Funktionsmischung grundsätzlich nicht im Wege steht und daß es noch offensiver genutzt werden kann. Konsens besteht in der Fachöf-

fentlichkeit weiter darüber, daß ohne den Einsatz ergänzender Instrumente, wie vertragliche Regelungen, die Bauleitplanung mit einer Strategie der Funktionsmischung überfordert ist.

Im Rahmen einer vorsorgenden kommunalen Liegenschaftspolitik geht es vor allem darum, Schlüsselgrundstücke für Funktionsmischung zu sichern und auch in Berlin die strategischen Möglichkeiten kommunalen Grundbesitzes durch entsprechende planerische Festsetzungen wie unterschiedliche Strategien der Parzellierung (kleinteilig und bei entsprechendem Engagement des Investors auch größerem Grundstückszuschnitt) oder Investorenwettbewerbe offensiver zu nutzen.

Die von vielen Seiten geforderte Flexibilität und Offenheit (städte)baulicher Strukturen stößt im Neubau auf erhebliche praktische Probleme wegen unterschiedlicher Anforderungen für Büro- und Wohnraum, die zusätzliche Planungs- und Realisierungskosten verursachen. Positive Erfahrungen konnten bisher fast nur bei der Umnutzung gewerblicher Bestandsbauten gewonnen werden. Dennoch erscheint es wünschenswert, auch bei Neubauten in Einzelfällen abhängig von Standorteignung und (längerfristigen) Nachfragepotentialen punktuell Flexibilität von Grundrissen in die Planung einzubeziehen. Dies stößt allerdings bei hochverdichteten und hochspezialisierten Baustrukturen schnell an Grenzen.

Insgesamt bestätigen die Untersuchungsergebnisse die Schlüsselfunktion der Branchengruppen des Einzelhandels und konsumnaher Dienste für die Nutzungsmischung von Arbeiten und Wohnen, wobei sich hierfür vor allem Innenstadt- und Innenstadtrandgebiete eignen. Mit der architektonischen und städtebaulichen Qualität steht und fällt die Integrierbarkeit nicht nur von Büronutzung, sondern auch von verarbeitendem Gewerbe, das aber bei der Entwicklung von Mischgebieten keine tragende Rolle spielen kann.

*Mischungsverträgliche Betriebe nach Mitarbeiterzahl*

Branchengruppe	„feinkörnige Mischung“	„grobkörnige“ Mischung
Verarbeitendes Gewerbe/ Baugewerbe	zwei Herangehensweisen: a) 1-19 Mitarbeiter/innen, d.h., es wird eine Integration aller Kleinbetriebe (ohne Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen) gesehen b) eigene restriktive Auswahl mischgebiets-verträglicher Kleinbetriebe mit 1-19 Mitarbeiter/innen [Mittelwert aus a) und b)]	1-19 Mitarbeiter/innen, d.h.: Kleinbetriebe aller Wirtschaftszweige (ohne Gewinnung und Verarb. von Rohstoffen) sowie 1-199 Mitarbeiter/innen bei einer Auswahl mischungsverträglicher Betriebe
Einzelhandel	1-49 Mitarbeiter/innen, bei größeren Einheiten kann von „großflächigem Einzelhandel“ ausgegangen werden (MK,SO)	
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	50 Prozent der Arbeitsplätze werden pauschal als „mischungsfähig“ angesehen. Eine differenziertere Bewertung ist nicht möglich, da sich das Personal zu großen Teilen aus Verwaltung (mischungsfähig) und Fahrpersonal (Zuordnung problematisch) zusammensetzt.	
Dienstleistungen	1-99 Arbeitsplätze, da ansonsten die Maßstäbe auf Blockebene gesprengt werden	keine Größenbeschränkung

Quelle: Baasner, Möller & Langwald; Deutsches Institut für Urbanistik



# Breite Sicht ist weite Sicht

## „Perspektivenwerkstatt“ fördert Bürgerbeteiligung an Berlins Schloßplatz

Seit Jahren wird in Berlin über die Neugestaltung des Berliner Schloßplatzes diskutiert. Soll der Palast der Republik saniert oder das ehemalige Stadtschloß wieder aufgebaut werden? Kann man angesichts leerer Staatskassen die Realisation privaten Investoren überlassen?

Diese und ähnliche Fragen standen vom 29. August bis zum 2. September 1997 im Mittelpunkt einer öffentlichen „Perspektivenwerkstatt“, die vom Londoner Architekturbüro John Thompson & Partners und der Berliner MATCH-Entwicklungsberatung unter Schirmherrschaft der Berliner Senatsbauverwaltung ausgerichtet wurde.

Dieses in Amerika und England langjährig erprobte Beteiligungsverfahren ist für die deutsche Planungskultur in dieser Form noch neu. Es wurde in Deutschland bereits zweimal zuvor in der Großsiedlung Berlin-Hellersdorf und von der Stadt Ludwigsfelde durchgeführt. Im Rahmen der „Perspektivenwerkstatt“ wurde es in Berlin-Mitte parallel zu der von Prinz Charles's Londoner Architekturinstitut durchgeführten Sommerakademie mit dem Titel „Prince of Wales's Urban Design Task Force“ eingesetzt.

Die „Perspektivenwerkstatt“ findet überwiegend an verlängerten Wochenenden statt und bietet so die Möglichkeit eines kurzfristigen und kompakten Vorgehens. Auf diese Weise ist eine schnelle Entwicklung von Lösungsstrategien möglich.

In einer „Perspektivenwerkstatt“ werden – und dies ist das Neue daran – bekannte Elemente und Arbeitsweisen in einer bisher unbekannt Form systematisch so gebündelt, daß ein konsens- und ergebnisorientierter Arbeitsprozeß mit dem Gewinn neuer Handlungsperspektiven möglich ist. Dies gelingt durch

- offene Beteiligungsangebote zur Erarbeitung möglichst vielfältiger, tatsächlich innovativer Ideen, die sich an den Bedürfnissen und Ideen der Bevölkerung, von Entscheidungsträgern, Investoren und anderen Interessenten ausrichten,
- detaillierte Vorbereitung – kompakte Durchführung,

- Leitung durch ein interdisziplinäres, neutrales Werkstatt-Team,
- ganzheitliche Vorgehensweise,
- umfassende Visualisierung.

Seit rund zehn Jahren fördert Prinz Charles im Rahmen der englischen Community Planning Bewegung öffentliche, transparente und bürgernahe Planungsdiskurse. Vor diesem Hintergrund ist auch sein Grußwort für die im September neu erschienene Publikation „Perspektivenwerkstatt“ zu sehen. Erstmals für den deutschsprachigen Raum wird damit eine vollständige und systematische Beschreibung des „Community Planning Weekend“ gegeben, mit deren Hilfe sich Auftraggeber, Anwender und Moderatoren mit dieser Methode und ihren Hintergründen vertraut machen können.

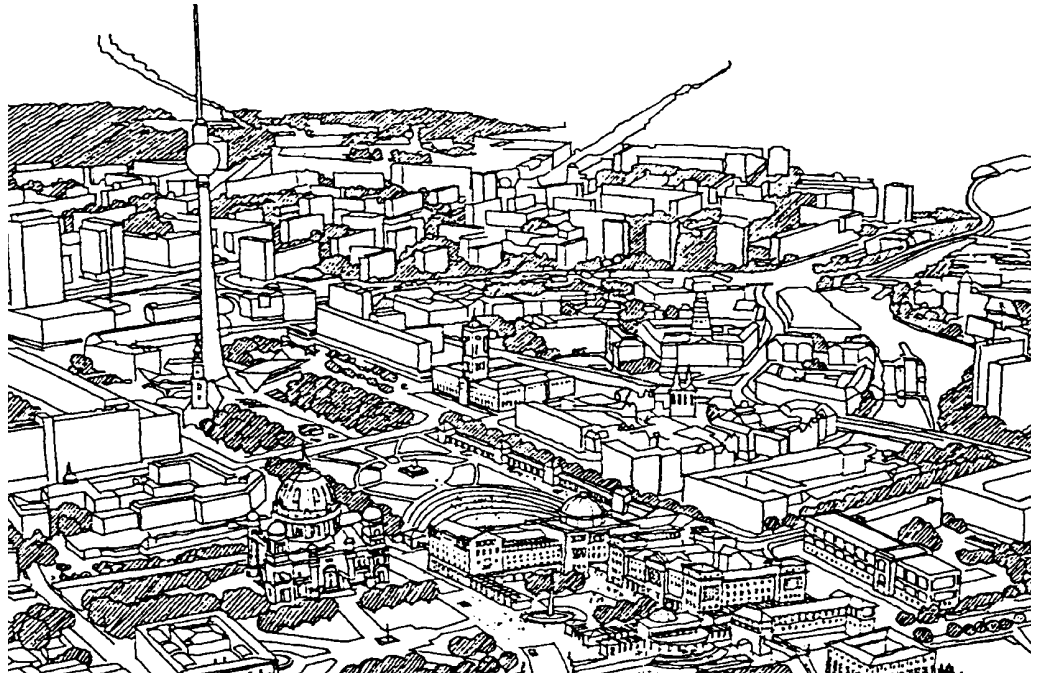
Die „Perspektivenwerkstatt“ ist eine interaktive Planungsmethode. Sie baut auf die tatkräftige Mitwirkung der Bürger, Entscheidungsträger, Wirtschafts- und Verwaltungsexperten, die sich an der Umgestaltung ihres eigenen Lebensumfelds oder der Lösung eines städtischen Problems beteiligen. Betroffene und Interessierte werden in den Planungsprozeß aktiv einbezogen. Der Weg vom Problem zur Lösung wird erlebbar und nachvollziehbar.

Gerade in festgefahrenen Situationen, in denen schon vielfältige Lösungskonzepte diskutiert wurden, ohne daß sich bisher tatsächlich viel bewegte, kann mit der „Perspektivenwerkstatt“ oftmals ein Durchbruch erzielt werden, denn die Leitung und Moderation des Verfahrens liegt in den Händen eines neutralen Teams. Es entsteht ein Gefühl der Gemeinsamkeit, wodurch verhärtete Fronten aufgelöst, eingefahrene Denkweisen überwunden und Grenzen überschritten werden können. Probleme werden gemeinsam angegangen und neu entwickelte Lösungen von einem breiten Konsens der Teilnehmer mitgetragen. Durch diese Methode wird das Zustandekommen völlig neuer Lösungen ermöglicht.

So kam es auch am Schloßplatz zu einem bemerkenswerten Ergebnis: Unter der Leitung einer Gruppe neutraler Fachleute beschäftigten sich die 150 Berlinerinnen und Berliner intensiv mit dieser anspruchsvollen Planungsaufgabe. Gemein-

In Kooperation mit dem „The Prince of Wales's Institute of Architecture“ in London sowie als Service für die deutschen Städte und Gemeinden vertreibt das Difu die aus dem Englischen übersetzte Publikation „Perspektivenwerkstatt“ im deutschsprachigen Raum.





sam erörterten sie Probleme, Qualitäten und Perspektiven für das historische Stadtzentrum. Die besondere Moderationstechnik trug dazu bei, daß die Werkstatt trotz sehr konträrer Ausgangspositionen mit einer gemeinsamen Schlußfolgerung, die die neutralen Fachleute zu „Zehn Prinzipien für eine erfolgreiche Entwicklung des Schloßplatzes“ verdichtet hatten, endete.

Durch das Einnehmen eines neuen Standpunktes, der Menschen, Räume, Plätze, Nutzungen und Aufenthaltsqualitäten in den Mittelpunkt rückt, ließen sich emotionale oder ideologisch begründete Konflikte über Einzelgebäude und -fassaden allmählich überwinden. Damit wurde ein neuer, fruchtbarer Dialog über künftige Nutzungsangebote, Zielgruppen und die weitreichenden stadträumlichen Konsequenzen jeglicher Schloßplatzbebauung eröffnet. Mit Hilfe von Planentwürfen, Architekturzeichnungen und Cartoons wurden die gemeinsamen Ergebnisse exemplarisch in Städtebau und Architektur umgesetzt.

Die zehn Prinzipien beschreiben in erster Linie einen realistischen Weg für eine schrittweise Umsetzung. Damit kann man den heutigen Qualitäten des Ortes gerecht werden und das Zentrum im Hinblick auf die Ausgestaltung einer neuen, gemeinsamen Hauptstadt sinnvoll ergänzen. In einem entscheidenden Aspekt bleibt dieses Konzept offen: Die Fragen nach einer angemessenen Architektur sowie nach dem (teilweisen) Bestand des Palastes der Republik und/oder des (teilweisen) Wiederaufbau des Stadtschlusses und/oder der (Teil-)Bebauung mit zeitgenössischer Architektur werden nicht vorab entschied-

den, sondern „diskutierbarer“ gemacht.

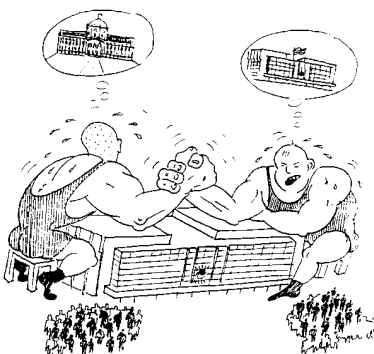
Die Präsentation der Ergebnisse dieses Workshops und einer „Vision für das Schloßplatz-Areal“ stieß auf breite Zustimmung der teilnehmenden Öffentlichkeit. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Perspektivenwerkstatt bildeten trotz ihrer unterschiedlichen Geschichts- und Architekturauffassungen ein neues Bündnis, um die Resultate der Werkstatt weiterzuführen. Insbesondere sollen Planungsprozesse gefördert werden, die eine verstärkte Mitsprache öffentlicher Einrichtungen, von Interessenverbänden und eine breite Bürgerbeteiligung ermöglichen.

An dem Bündnis „Perspektive Schloßplatz“ beteiligten sich unter vielen anderen auch das Bezirksamt Berlin-Mitte, die Humboldt-Universität zu Berlin und die Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Eine Folgeveranstaltung findet am 20. November 1997 in der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Hier werden die Ergebnisse des Verfahrens sowie der Werkstattbericht vorgestellt.

Bundespräsident Roman Herzog würdigte in Anwesenheit von Bundesbauminister Klaus Töpfer und Bausenator Jürgen Kleemann die Ergebnisse der Veranstaltung: „Gut, wenn qualifizierte Leute von außen kommen, um die hiesige Diskussion zu befruchten. Mir gefällt, daß nicht zuerst über Gebäude, sondern die Gestaltung städtischer Räume nachgedacht wird.“ Auch die Perspektivenwerkstatt zog somit keinen Schlußstrich unter eine Debatte, sondern ebnete vielmehr neue Wege für ein breit angelegtes Bündnis und dauerhaftere Lösungen.

**Weitere Informationen:**  
**Andreas von Zadow**  
**Telefon: 030/326 50 12**

**Bestellung:**  
**siehe Bestellschein**



Seit 7 Jahren Stillstand

# Durch Energiesparen den Kommunalhaushalt entlasten

## Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten

Einige deutsche Städte blicken bei der Energieeinsparung in städtischen Gebäuden bereits auf eine lange Tradition zurück. Ihre positiven Erfahrungen bei der Umsetzung kostensenkender Energiesparmaßnahmen im organisatorischen Bereich sind inzwischen vielen kommunalen Entscheidungsträgern bekannt. Dennoch sind nicht in allen Städten, die aufgrund der Höhe ihres Energieverbrauchs in Frage kommen, organisatorische Strukturen und Zuständigkeiten vorhanden, die eine systematische Erschließung der wirtschaftlichen Energiesparmaßnahmen ermöglichen.

Kommunales Energiemanagement ist die systematische Erfassung und Bewertung der Verbrauchsdaten bei Wärme- und Stromwendungen in den Gebäuden und Liegenschaften der Städte und Gemeinden. Sie zielt darauf ab, durch geeignete organisatorische und technische Maßnahmen den Verbrauch und die Ener-

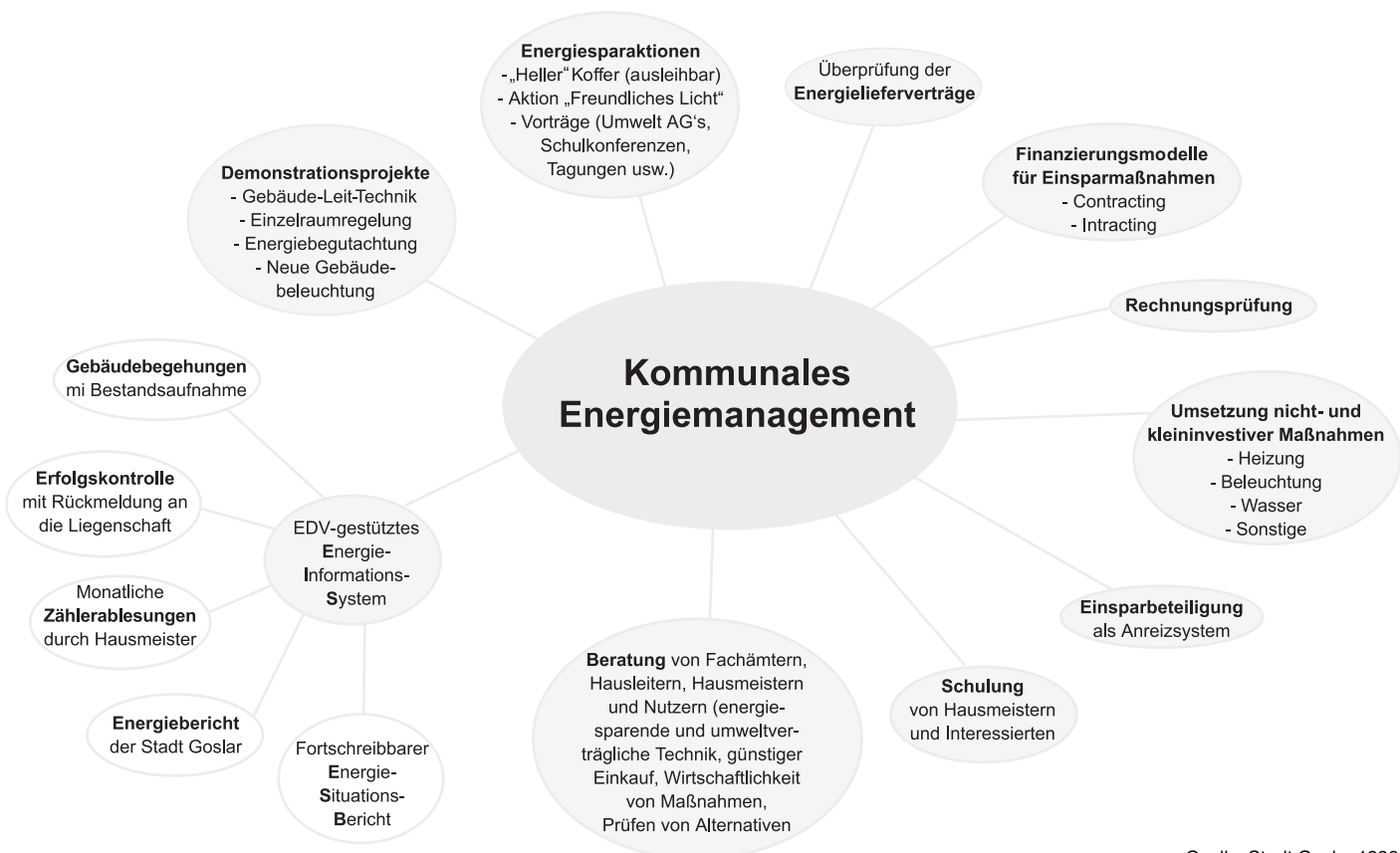
giebezugskosten zu senken. Häufig werden von den zuständigen Organisationseinheiten (Energiebeauftragte oder umfassende Stellen bei Hochbau- oder Umweltämtern) auch Wassersparmaßnahmen einbezogen.

Die wesentlichen Grundvoraussetzungen für ein funktionierendes Energiemanagement in Kommunen sind:

- die Schaffung von geeigneten organisatorischen Strukturen innerhalb der Verwaltung, die ausreichend mit Kompetenzen und Sachmitteln ausgestattet sind,
- die kontinuierliche Verbrauchserfassung und -abrechnung (Controlling) aller öffentlichen Gebäude und Einrichtungen,
- die Planung, Steuerung und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen,

**Neuerscheinung in der Reihe „Umweltberatung für Kommunen“**

### Bausteine des kommunalen Energiemanagements der Stadt Goslar



Quelle: Stadt Goslar 1996

- die Berichterstattung über Energiesparmaßnahmen, Kosteneinsparungen und ggf. Umweltauswirkungen.

Verwaltungen und parlamentarische Gremien der Kommunen verfügen oft nicht über ausreichende Informationen über die umweltpolitische und wirtschaftliche Bedeutung energiesparender Maßnahmen. Die Energiedienststellen bzw. -beauftragten müssen deshalb in ihrer Arbeit eine Reihe von organisatorischen, administrativen und wirtschaftlichen Hemmnissen überwinden. Aufgaben und Zuständigkeiten müssen definiert, Datenerhebung und Informationsflüsse gesichert sowie Anreize und Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden. Gebäudeverwaltende Organisationseinheiten bei Bund, Ländern und Kommunen sind zu diesen Themen seit Jahren aktiv und einige ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Fachgremien organisiert (Arbeitskreise von Energiebeauftragten in den Ländern usw.).

Der Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten dient nun dem bundesweiten Erfahrungsaustausch. Kristallisationspunkt dieser jährlichen Treffen ist das „Kommunale Energiemanagement“, das für Kommunen eine große Chance darstellt, gleichzeitig Energie effizient einzusetzen und den Kommunalhaushalt zu entlasten. Ziel der Veranstaltungen ist es, Praktikern den Erfahrungsaustausch über erfolgreich durchgeführte Maßnahmen zu ermöglichen und damit zugleich das Interesse weiterer Kommunen für die Nutzung umweltschonender Sparmaßnahmen zu wecken. Der Fachkongreß versteht sich dabei als Fortbildungs- und Kommunikationsveranstaltung. Neben Workshop-Beiträgen erfahrener Expertinnen und Experten erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer umfassend Gelegenheit, ihre Anliegen vorzutragen.

Trotz aller Schwierigkeiten gibt es sehr viele ermutigende Beispiele für Maßnahmen und Projekte, die kommunale Energiebeauftragte geplant, in die Wege geleitet und erfolgreich durchgeführt haben. Solche Beispiele werden jährlich auf dem Fachkongreß interessierten Kolleginnen und Kollegen in einer umfangreichen Auswahl parallel stattfindender Workshops vorgestellt und anschließend diskutiert. Es werden durchdachte kreative Modelle vorgestellt, die gleichzeitig ökonomische und ökologische Zielsetzungen verwirklichen.

Bisher wurden unter anderem folgende Themen angeboten:

- Aufbau des Energiemanagements,
- Instrumente der Verbrauchsanalyse und -steuerung,
- Finanzierungsmodelle für Energiesparmaßnahmen,
- technische Einsparmöglichkeiten bei Beleuchtung und Heizung,
- Einsatz von Gebäudeleittechnik,
- Nutzung regenerativer Energiequellen,
- Social-Marketing-Methoden.

Auf dem zweiten Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten in Potsdam trafen sich im Oktober 1996 mehr als 200 Experten aus Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Der Kongreß wurde gemeinsam von der Landeshauptstadt Potsdam, der Brandenburgischen Energiesparagentur GmbH (BEA), dem Städte- und Gemeindebund Brandenburg, dem Institut für kommunale Wirtschaft und Umweltplanung, dem Klima-Bündnis der europäischen Städte/Allianza del Clima e. V. und dem Deutschen Institut für Urbanistik veranstaltet. Die Märkische Energieversorgung AG (MEVAG), die Energieversorgung Potsdam GmbH (EVP) und die Erdgas Mark Brandenburg GmbH (EMB) haben durch ihre finanzielle Unterstützung zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen.

Die Initiative der hessischen Energieagentur und des dortigen Umweltministeriums vom Frühjahr 1995, durch den ersten Fachkongreß in Frankfurt/Main einen stetigen kommunalen Erfahrungsaustausch anzuregen, zeigt dauerhaft Erfolg. Nach der zweiten Veranstaltung in der Landeshauptstadt Potsdam trafen sich auf Einladung der Landeshauptstadt Saarbrücken am 23. und 24. Oktober 1997 die kommunalen Energiebeauftragten zum dritten Mal bundesweit. Das Deutsche Institut für Urbanistik wird im Anschluß an den Fachkongreß der kommunalen Energiebeauftragten eine Dokumentation herausgeben, die von Interessierten, denen die Teilnahme nicht möglich war, über das Difu bezogen werden kann.

**Weitere Informationen:  
Dipl.-Pol. Carlo Kallen  
Telefon: 030/39001-240**

**Bestellung der  
Dokumentation des  
zweiten Fachkongresses:  
siehe Bestellschein**

# TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb

## Bekanntgabe der diesjährigen Preisträger



Ove Claußen für die Scheune Bollewick – Arbeits- und Ausbildungsinitiative Röbel e.V., Mecklenburg-Vorpommern



Heinrich Jüttner für die brandenburgische Gemeinde Schöneiche (Landkreis Oder-Spree)



Heinrich Auerswald für die sächsische Gemeinde Grünhain (Landkreis Aue-Schwarzenberg)



Dagmar Ziegler für die brandenburgische Gemeinde Lenzen (Landkreis Prignitz)



Gernot Krasselt für die sächsische Gemeinde Oederan (Landkreis Freiberg)

### „TAT-Orte“ 1997 ermittelt

Das Engagement dreier kleiner Städte, einer Gemeinde sowie einer Initiative aus den neuen Bundesländern hat sich gelohnt: Sie wurden beim diesjährigen Wettbewerb „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ dafür prämiert, daß sie durch Eigeninitiative, Phantasie und Tatkraft beispielhafte Umweltideen in die Tat umsetzen, die gleichzeitig auch eine positive ökonomische und soziale Bedeutung haben.

Der Wettbewerb richtet sich an alle kleinen Gemeinden (bis 10 000 Einwohner) der neuen Bundesländer – das heißt Verwaltungen, aber auch Initiativen aus diesen Gemeinden. Es sollen umweltfreundliche Vorhaben ausfindig gemacht werden, die gleichzeitig ökonomisch und sozial bedeutsam sind. Sie sollen zudem innovative Ideen mit persönlicher Verantwortung verbinden und außerdem auf Gemeinden mit ähnlichen Rahmenbedingungen übertragbar sein. Der Wettbewerb, der gemeinsam von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (Osnabrück) und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Berlin) durchgeführt wird, findet jährlich bis zum Jahr 2000 statt.

Die „TAT-Orte 1997“ sind ermittelt. Sie wurden von einer unabhängigen Jury aus insgesamt 80 Bewerbungen ausgewählt. Die Zahl der Bewerbungen ist seit 1995, dem Beginn der jährlich stattfindenden Wettbewerbe, stetig gestiegen. Dies zeigt nicht nur, daß der Bekanntheitsgrad von „TAT-Orte“ deutlich zugenommen hat, sondern auch, daß in den neuen Bundesländern beeindruckend viele und vielfältige Maßnahmen im Umweltschutz ergriffen werden. Dabei geraten auch die Ziele des Wettbewerbs nicht aus dem Blickfeld: Umweltfreundliche Projekte werden mit ökonomischen und sozialen Aspekten verknüpft.

Damit entsprechen sie – ganz im Sinne der allseits geforderten Nachhaltigkeit – gleichzeitig der Agenda 21, dem Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, das auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 formuliert wurde. Die wechselseitige Abhängigkeit von ökologischer, sozialer und ökonomischer Entwicklung wurde dort ebenso betont wie die Interdependenz zwischen den



Anläßlich der Preisverleihung im Hotel Bellevue der Landeshauptstadt Dresden hielten Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, und Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, die Eröffnungsreden.





Kontinenten und die Verantwortung für folgende Generationen. Weltweit soll ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen gleichwertig Geltung verschafft werden. Städte, Gemeinden und Kreise sind im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gefordert, eine Lokale Agenda 21 im Dialog mit der Bevölkerung, gesellschaftlichen Gruppen und der Privatwirtschaft zu erarbeiten und umzusetzen. Viele Kommunen haben sich dieser Herausforderung bereits gestellt und sind in den Entwicklungsprozeß einer Lokalen Agenda 21 eingetreten, der entsprechend ihrer spezifischen Situation vor Ort gestaltet wird. „Nachhaltige Entwicklung“ und „Lokale Agenda 21“ rücken damit immer mehr ins Zentrum der aktuellen kommunalen und öffentlichen Diskussion.

In den „TAT-Orten“ und bei fast allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Wettbewerbs werden viele der mit nachhaltiger Entwicklung verbundenen Ziele bereits in die Tat umgesetzt: beispielsweise eine ökologisch orientierte Abwasserreinigung, die für die ländliche Bevölkerung kostengünstiger sein kann als in herkömmlicher Form; umweltschonende Energieversorgung, die gleichzeitig in der Region neue Arbeitsplätze schafft, oder die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Umweltaktivitäten vor Ort und damit eine Erziehung zu umweltgerechtem Handeln.

Prämierte und die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer beweisen, daß es nicht allein die spektakulären Großprojekte sind, mit denen entscheidende Beiträge zur Verbesserung von Umwelt- und Lebens-

qualität geleistet werden können. Auch die vielen kleinen Aktivitäten stellen wirkungsvolle Lösungsansätze dar und sind in der oft praktizierten Bündelung unverzichtbar, wenn es darum geht, daß möglichst viele Menschen Verantwortung für die Umwelt übernehmen und lokal handeln.

#### **Die Preisträger 1997**

Am 31. August 1997 wurden im Rahmen einer Festveranstaltung im Hotel Bellevue in der Landeshauptstadt Dresden die Auszeichnungen durch den Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Fritz Brickwedde, und den Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Professor Dr. Heinrich Mäding, überreicht. Neben einer Urkunde erhielten die Preisträger für ihre nachhaltigen Leistungen auch nachhaltige Preise: eine reichbebilderte Buchdokumentation und einen Videofilm, die ausführlich die prämierten „TAT-Orte“ dokumentieren. Sie werden den Preisträgern in höherer Auflage zur Verfügung gestellt.

Anläßlich der Preisverleihung wurden nicht nur die Videofilme über die Preisträger gezeigt, sondern auch eine Ausstellung über die Wettbewerbsgewinner eröffnet. Die Buchdokumentation wurde stark nachgefragt. Sie soll auch dazu dienen, andere Gemeinden und Initiativen zu motivieren und damit Mut zu eigenen Aktivitäten zu machen. Interessenten können die Buchdokumentation beim Deutschen Institut für Urbanistik anfordern.

#### **Die Preisträger 1997**

##### **„Die Scheune Bollewick – Arbeits- und Ausbildungsinitiative Röbel e.V.**

Die Gemeinde Bollewick (440 Einwohner) liegt südlich der Müritz in Mecklenburg-Vorpommern nahe der Kleinstadt Röbel. In Bollewick steht mit 125 Metern Länge und 34 Metern Breite die größte Scheune Norddeutschlands. Das 1881 aus Feldsteinen erbaute Gebäude diente seit 1969 der Massentierhaltung. Nach der Wende und dem Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion stellte sich für die Gemeinde die Frage nach der weiteren Nutzung der inzwischen zur Altlast gewordenen Scheune sowie der sie umgebenden Fläche.

Die Idee, die Scheune für Messen, Märkte, Ausstellungen und Konzerte zu nutzen und gleichzeitig Handwerksstätten unterzubringen, wurde entwickelt und in die Tat umgesetzt, da das Gebäude sehr gute Voraussetzungen für den Aufbau eines überregionalen Zentrums für Kommunikation und Handel unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte, insbesondere der Herstellung und dem Vertrieb von umwelt-

*Die Scheune Bollewick – Zentrum mit überregionaler Bedeutung*



freundlichen Produkten, bot. Zur Unterstützung dieses Vorhabens wurde 1991 der Verein „Arbeits- und Ausbildungsinitiative Röbel e.V.“ gegründet, dessen Aufgabe es ist, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für die bisher in der Landwirtschaft tätige Dorfbevölkerung zu schaffen. Als nächstes ist der Ausbau des nördlichen Scheunenbereichs zu einem Hotel geplant. Die Aktivitäten in Bollewick zeigen ihre Wirkung in der gesamten Region und weit darüber hinaus: Mehr als 70 000 Besucher seit 1994 zeugen vom Erfolg dieses Konzepts.

„Das Besondere an unserem Projekt ist aus meiner Sicht die Vielfalt der Ideen und Initiativen, die sich unter dem Dach der Scheune begegnen. Dies schafft überdurchschnittliches öffentliches Interesse, das den einzelnen Akteuren in der Scheune zugute kommt und darüber hinaus die Attraktivität der Region verbessert.“, so Bertold Meyer, Geschäftsführer des Vereins und Bürgermeister von Bollewick.

### Die Gemeinde Schöneiche

Die brandenburgische Gemeinde Schöneiche hat 9640 Einwohner, liegt im Landkreis Oder-Spree und grenzt an die Großstadt Berlin. Aufgrund seiner vielen Waldflächen trägt Schöneiche zu Recht den Namen „Waldstadt im Grünen“, den der Ort bereits nach der Jahrhundertwende als Luftkurort und Erholungsdomizil erworben hat. Dem Erhalt der Waldflächen und der Luftqualität durch entsprechende Ortsplanung sowie der Entwicklung natürlicher agrarischer Nutzungsweisen, der Belebung kultureller Angebote und der Förderung eines umweltfreundlichen Tourismus wird besonderer Wert beigemessen. So hat eine Vielzahl von Einzelprojekten zu einer umweltgerechten Entwicklung von Schöneiche beigetragen. Ökologisch orientiertes Bauen spielt dabei eine bedeutende Rolle: Neben einem Niedrigenergiehaus mit Modellcharakter ist die Landhofsiedlung (Lehm-, Holzbauweise) ein vorbildliches Beispiel für soziales und zugleich umweltfreundliches Bauen und Wohnen. Die Aktivitäten für eine ökologisch orientierte Entwicklung in Schöneiche gehen gemeinsam von den Vereinen, der Gemeindevertretung und einzelnen Bürgern aus, auch die Kinder und Jugendlichen werden einbezogen. Dabei wird nicht nur die Identifikation mit den Naturpotentialen vor Ort erzielt, sondern auch das Bewußtsein für den Umweltschutz gefördert.

„Die große Herausforderung für uns – auch im Interesse unserer Kinder und Enkel – ist es, Natur und Landschaft, Umwelt und Ökologie, Wirtschaft und Baupolitik, Denkmalpflege und Tourismus, Lebensqualität



*Ökologisch orientiertes Bauen – die Landhofsiedlung in Schöneiche*

*Der Fuchsturm in Grünhain bietet Raum für traditionelles Handwerk*





Das Filzfest in Lenzen – beeindruckende Vielfalt

und Fortschritt, Vergangenheit und Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde in Einklang zu bringen.“, betont Heinrich Jüttner, Bürgermeister von Schöneiche.

#### **Die Stadt Grünhain**

Die im sächsischen Erzgebirge gelegene Berg- und Klosterstadt Grünhain mit ihren 2 700 Einwohnern war seit über einem Jahrhundert Standort von Textil- und metallverarbeitenden Unternehmen. Die umweltschädigende Wirtschaftsweise der letzten Jahrzehnte, die Vernachlässigung der örtlichen Infrastruktur und der darauf folgende Zusammenbruch großer Industriebetriebe stellten den Ort vor ökologische, wirtschaftliche und soziale Probleme. Ansiedlung von Gewerbe und Industrie, Umweltsanierung, Wohnungsneubau und -modernisierung sowie Erneuerung der städtischen Infrastruktur sind heute die Voraussetzungen einer zukunftsfähigen Entwicklung Grünhains, die wirtschaftliche und soziale Aspekte mit kommunalen Umweltaktivitäten verknüpft. „Wir haben bisher in 99 Prozent der privaten und öffentlichen Gebäude die Braunkohle ersetzt und die Industrieemissionen durch moderne Reinigungstechnik stark reduziert. Auch zur Reinigung der Abwässer wurde langfristige Vorsorge getroffen. Über diese Fortschritte freuen wir uns sehr!“, so Heinrich Auerswald, Bürgermeister von Grünhain.

In Grünhain werden keine spektakulären Umweltprojekte verfolgt. Vielmehr sind die Anstrengungen von Kommune und Vereinen im Naturschutz und in der Land-

schaftspflege sowie bei der umweltfreundlichen Tourismusentwicklung der Ausdruck eines in Grünhain selbstverständlichen Umgangs der Menschen mit Natur und Umwelt.

Die Pflege und Erhaltung von örtlichen und regionalen Traditionen und Bräuchen durch zahlreiche Vereine sowie das soziale Engagement der Stadt und ihrer Einwohner zeugen vom ausgeprägten Gemeinschaftssinn der Bürger Grünhains.

#### **Die Stadt Lenzen**

Die brandenburgische Stadt Lenzen (2 538 Einwohner) liegt am nordwestlichen Rand des Naturparks „Elbtalau“. Zu DDR-Zeiten prägte die innerdeutsche Grenze zu Niedersachsen die Region: Sie wurde als Sperrgebiet ausgewiesen und der Zugang zur Elbe war der Bevölkerung nur mit staatlicher Sondergenehmigung erlaubt. Damit war eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung und somit auch der Zerfall der Häuser und Bauwerke verbunden. Arbeitsmöglichkeiten boten ausschließlich die Landwirtschaft und die Industriestadt Wittenberge. Gleichzeitig entwickelte sich in der Schutzzone entlang der Grenzanlagen ein Naturraum mit einer wertvollen Flora und Fauna.

Nach der Wende war die Stadt von hoher Arbeitslosigkeit bedroht. Gemeinsam ergriffen die Stadt- und die Amtsverwaltung, landwirtschaftliche Betriebe und die Beschäftigungsgesellschaft, Umweltverbände und Gewerbebetriebe die Initiative, arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen auf der Basis des ökologischen Wirtschaftens umzusetzen. Die Wiederbelebung der Region durch die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Bereich der Landwirtschaft, der Landschaftspflege, der Tourismusentwicklung, der Stadt- und Dorferneuerung und durch Gewerbeansiedlung unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Naturschutzes sind Ziele, die in Lenzen angestrebt und in großen Teilen bereits erfolgreich umgesetzt wurden. „Diese Aktivitäten wollen wir für alle sichtbar und erlebbar machen, um die Menschen hier zu motivieren. Es kommt darauf an, daß Entwicklung nicht nur nötig, sondern im gemeinsamen Handeln auch möglich ist.“, betont Dagmar Ziegler, Bürgermeisterin von Lenzen.

#### **Die Stadt Oederan**

Die Stadt Oederan mit ihren fast 8 000 Einwohnern liegt im sächsischen Landkreis Freiberg, etwa 20 Kilometer von Chemnitz entfernt im unteren Bergland des Osterzgebirges.

Der industriell geprägte Ort litt vor der Wende unter gravierenden Umweltproble-

men. Braunkohlengefeuerte Heizungen in Industrie und Haushalten verursachten enorme Luftbelastungen; Abwassereinleitungen aus Textilbetrieben machten den Hetzbach zum stinkenden Abwasserkanal. Die Altstadt mit ihren zahlreichen historischen Gebäuden war dem Verfall preisgegeben. Die strukturellen Umwälzungen in der Industrie stellten die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger in den zurückliegenden Jahren vor neue Herausforderungen.

Mit Augenmaß und Sachverstand werden nun die Weichen für eine zukunftsfähige Entwicklung Oederans gestellt: die städtebauliche Erneuerung der Innenstadt, eine geregelte Abwasserentsorgung, der Ersatz von Braunkohle als Energieträger, ein Solaranlagen-Modellprojekt im Wohngebiet an der Freiburger Straße, die Ausstattung des Freibades mit Solarabsorbern zur Wassererwärmung und der Aufbau eines Biotopverbundsystems zeugen vom Wandel, der sich im Ort vollzogen hat.

Da eine attraktive Stadt von den Menschen lebt, die hier wohnen und arbeiten, wird in Oederan Wert auf die Erhaltung und Neuansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben sowie auf die Förderung des Einzelhandels in der Innenstadt gelegt.

Auch touristisch und kulturell hat die Stadt des „Klein-Erzgebirges“ einiges zu bieten, denkt man an das umfangreiche Wanderwegenetz, an das Heimatmuseum, an die Volkshochschule im Spital und an die zahlreichen Konzerte und Feste. „Wir haben in Oederan und seinen Ortsteilen inzwischen mehr erreicht, als wir 1990 glaubten, erreichen zu können. Wir werden mit Mut und Optimismus unsere Stadt weiter aufbauen, wissend, daß Menschen sich nur in einer intakten Umwelt auf Dauer wohl fühlen können“, erklärt Gernot Krasselt, Bürgermeister von Oederan.

#### **Weitere „TAT-Orte“ gesucht**

„TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ wird weitergehen: Die Wettbewerbe laufen bis zum Jahr 2000, wobei jedes Jahr bis zu fünf Preisträger ermittelt werden. Bewerbungen sind über das ganze Jahr möglich und werden in die jeweils laufende Wettbewerbsrunde aufgenommen. Teilnahmeberechtigt sind kleinere Gemeinden (bis 10 000 Einwohner) der neuen Bundesländer sowie Initiativen in diesen Gemeinden, die in beispielhaften Vorhaben ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele verbinden.



*Das Solaranlagen-Modellprojekt in Oederan – Warmwasserbereitung durch Solarkollektoren*

Seit April 1997 sind die „TAT-Orte“ auch im Internet durch ein spezielles Informationsangebot vertreten. Termine und Informationen werden ständig aktualisiert, auch Bewerbungen können via Internet eingereicht werden.



#### **Bewerbungsunterlagen erhalten Sie beim**

Deutschen Institut für Urbanistik  
Arbeitsbereich Umwelt  
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin  
oder über das Internet:  
<http://www.difu.de/tatorte>  
E-Mail: [tatorte@difu.de](mailto:tatorte@difu.de)

**Weitere Informationen:**  
**Dipl.-Ing. Cornelia Rösler**  
**Telefon: 030/39001-244**  
**E-Mail: [roesler@difu.de](mailto:roesler@difu.de)**

# Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“

15 Preisträgerstädte und -gemeinden von Bundesministerin Claudia Nolte ausgezeichnet



Am 4. September 1997 hat Bundesfamilienministerin Claudia Nolte in Bonn die 15 Preisträgergemeinden und -städte des ersten Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ bekanntgegeben und ausgezeichnet.

## Ziel des Bundeswettbewerbs

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Bundeswettbewerb gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden – dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund – ausgelobt und die Kommunen aufgefordert, ihre kinder- und familienfreundlichen Konzepte, Projekte und Maßnahmen darzustellen. Ziel des Wettbewerbs war und ist es, besonders kinder- und familienfreundliche örtliche Maßnahmen kommunaler Politik auszuzeichnen und zur Stärkung und Fortentwicklung einer kinder- und familienfreundlichen Gestaltung des Lebensumfelds auf kommunaler Ebene anzuregen.

Die räumliche Verteilung der Preisträgergemeinden



## Beteiligung am Bundeswettbewerb

An dem Wettbewerb, der vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, und der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., Göttingen, betreut wurde, beteiligten sich 364 Kommunen aus 14 Bundesländern. Der Hauptanteil der Bewerbungen (jeweils über 50 Prozent) kam bei den alten Bundesländern aus der Gemeindegrößenklasse 10000 bis 100000 Einwohner und bei den neuen Bundesländern aus der Gemeindegrößenklasse unter 10000 Einwohner.

## Inhaltliche Schwerpunktsetzung

Die große Beteiligung und die inhaltliche Komplexität der Wettbewerbsbeiträge stellten hohe Anforderungen an die interdisziplinär zusammengesetzte Jury unter Vorsitz des Regierungspräsidenten a.D. Erwin Schleberger. Aus sehr vielen Wettbewerbsbeiträgen wurde deutlich, daß Maßnahmen und Projekte, mit denen die Lebenssituation von Kindern und Familien verbessert werden sollen, in fast allen Politikfeldern bzw. Ressorts der kommunalen Verwaltung durchgeführt werden. Darüber hinaus setzen viele Städte besondere Akzente

- im Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur,
- im Bereich einer kinder- und familienfreundlichen Siedlungsstruktur (durch Maßnahmen im Wohnungsbau, der Wohnumfeldgestaltung und des Verkehrswesens),
- in der Förderung der Partizipation und der Selbsthilfe, der Eigenleistung und Ehrenamtlichkeit sowie
- in der Verankerung der Familienpolitik als Querschnittsaufgabe in örtlichen Verwaltungen und Politikfeldern und ihrer Vernetzung im kommunalen Handeln.

## Auswahlverfahren

Bei der Auswahl der Preisträger wurde die Jury durch das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin, und die Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen, unterstützt. Die Auswahl erfolgte in einem mehrstufigen



Verfahren, in dem sowohl quantitative wie qualitative Bewertungsmaßstäbe zugrunde gelegt wurden. Am Ende dieses Auswahlverfahrens wurden die in die engere Wahl gekommenen Städte und Gemeinden vor Ort begutachtet. In der abschließenden Jurysitzung wurden die nachstehenden 15 Preisträger ausgewählt.

#### **Preisträger**

Die Preisträger in der Größenklasse über 100 000 Einwohner sind:

- Aachen, Erfurt, Freiburg und Würzburg.

Die Preisträger in den Größenklassen zwischen 10 000 bis 100 000 Einwohner sind:

- Dreieich, Gladbeck, Lingen, St. Wendel, Tettngang und Zeulenroda.

Die Preisträger in der Größenklasse bis zu 10 000 Einwohner sind:

- Beeskow, Gleichen, Heidenburg, Schalkham und Thum.

#### **Kurzbeschreibung der Wettbewerbsbeiträge der einzelnen Städte und Gemeinden in alphabetischer Reihenfolge:**

##### **Aachen**

(253 000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)  
Den Schwerpunkt des Aachener Beitrags bilden innovative Projekte in der Wohnumfeldgestaltung, Wohnungs- und Verkehrspolitik. Modellcharakter kommt der kinderfreundlichen Gestaltung der Innenstadt zu und der Absicht, städtischen Raum für Familien mit Kindern zurückzugewinnen. Spielpunkte im Straßenraum, die nicht wie konventionelle Spielplätze abgegrenzt sind, und Maßnahmen zur erhöhten Sicherheit von Kindern sind hierfür gute Beispiele.

##### **Beeskow**

(9 600 Einwohner, Brandenburg)  
Die Stadt Beeskow richtet ihr Augenmerk vorrangig auf eine problemorientierte Arbeit mit Jugendlichen, Kindern und Familien. Die Jugendlichen werden aktiv in die Angebotsplanung und auch die Renovierung der Gebäude einbezogen. Seit der Wende sind die sozialen Einrichtungen modernisiert und ein dichtes Netz an Beratungs- und Begegnungsstellen für Schwangere, Frauen und Familien aufgebaut worden.

##### **Dreieich**

(42 000 Einwohner, Hessen)  
Die Aktion „Kindgerechte Stadt Dreieich“ bezieht Politik, Verwaltung, Vereine, Familien und Kinder in vielfältiger Weise in Aktionen, Anhörungen und Vortragsveranstaltungen mit ein. Beispielhaft ist auch das Gemeinschaftsprojekt „Miteinander – Gegeneinander“, innerhalb dessen die städtische Jugendpflege, der Kinderschutzbund und der Kreiselternbeirat gewaltpräventive Projekte über den Umgang mit Konflikten initiiert und durchgeführt haben.



Bundesfamilienministerin Claudia Nolte mit Vertretern der 15 Preisträgergemeinden und -städte

haben.

##### **Erfurt**

(207 000 Einwohner, Thüringen)  
Ausdruck der Neuorientierung der Kommunalpolitik seit der Wende ist der vom Stadtrat beschlossene Handlungsrahmen „Kinder- und familienfreundliche Stadt Erfurt“. Neue Projekte wie das Kinderhotel, das je nach Bedarf Zwei- bis Zwölfjährigen stunden- bis tageweise offensteht, und die Schülerakademie zur Nachwuchs- und Talentförderung belegen die Offenheit und Experimentierfreudigkeit.

##### **Freiburg**

(200 000 Einwohner, Baden-Württemberg)  
Die Auszeichnung Freiburgs erfolgt aufgrund zweier integrierter Siedlungsprojekte mit Vorbildcharakter, die in besonderem Maße den Ansprüchen von Familien und Kindern entgegenkommen. Das Wohnumfeld des Projekts „Rieselfeld“, wo nach Fertigstellung etwa 10 000 Bewohnerinnen und Bewohner ein neues Zuhause finden, zeichnet sich durch seine weitestgehend barrierefreien Spiel- und Bewegungsräume aus. Im Projekt „Vauban“ wird durch konsequente Mischung von Wohnen und Arbeiten eine Siedlung der kurzen Wege mit etwa 700 Arbeitsplätzen angestrebt.

### Gladbeck

(80 000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)  
Sowohl die Strategie der Baulandentwicklung und der kostengünstigen Bereitstellung von Bauland für Familien mit Kindern als auch die offene, dezentrale und vernetzte Stadtteilarbeit überzeugen in Konzeption und Realisierung. Ein Sozial- und Familienbericht befinden sich in Vorbereitung. Hervorzuheben ist schließlich die Arbeit mit Mädchen und Migranten, die das Bemühen um gleichberechtigte Teilhabe aller am kommunalen Leben dokumentiert.

### Gleichen

(9 200 Einwohner, Niedersachsen)  
Als dünn besiedelte Flächengemeinde mit 16 Ortsteilen stellt sich Gleichen der besonderen Ausgangsbedingung, eine bedarfsgerechte, dezentrale Infrastruktur aufrechtzuerhalten und unter Beachtung ökologischer Aspekte eine familienorientierte Siedlungsentwicklung zu ermöglichen. So unterstützt die Gemeinde neue Wohnmodelle für Familien und bevorzugt bei der Baulandvergabe einheimische und einkommensschwache Familien.

### Heidenburg

(753 Einwohner, Rheinland-Pfalz)  
Heidenburg ist die kleinste Gemeinde, die ausgezeichnet wird. Es gelang, die Grundschule im Ort zu erhalten und eine Mehrzweckhalle zu errichten. Bedarfsgerechte, ganztägige Kindergartenöffnungszeiten, das Konzept einer „verlässlichen“ Grundschule mit einer feststehenden Zeit

bis 13.00 Uhr und die ganzheitliche Kinder- und Familienpolitik sind beispielgebend für andere kleine Gemeinden.

### Lingen

(56 000 Einwohner, Niedersachsen)  
Bereits seit 1980 besteht ein familienpolitisches Förderprogramm, das Zuschüsse und Vergünstigungen bei städtischen Gebäuden und beim Wohnungsbau für Familien und alleinerziehende Mütter sowie einen sozialen Hilfsfonds umfaßt. Eltern, Kinder und Jugendliche werden systematisch bei der Planung und Umsetzung aller städtisch relevanten Projekte einbezogen.

### St. Wendel

(28 000 Einwohner, Saarland)  
Die Flächengemeinde St. Wendel mit ihren 13 Ortsteilen setzt besondere Akzente in den Bereichen Wohnungswesen, Wohnumfeld- und Siedlungsgestaltung. Die Außenanlagen von Schulen und Kindergärten werden als naturnahe Spiel- und Erlebnisräume gestaltet, neue und bestehende Wohngebiete werden verkehrsberuhigt und mit Spielstraßen ausgestattet. St. Wendel verfügt über ein vielfältiges und hochwertiges Angebot sozialer Infrastruktureinrichtungen.

### Schalkham

(835 Einwohner, Bayern)  
Kommunale Familienpolitik bedeutet hier eine unkonventionelle Umsetzung innovativer Maßnahmen. So sind die Kosten für den Bau der Wasserver- und -entsorgungsanlage besonders für kinderreiche Familien auf etwa zehn Prozent des Üblichen reduziert worden. Die laufenden Energiekosten ließen sich durch die Gemeinschaftsaktion zum Einbau von Solaranlagen erheblich senken. Familienpatenschaften für Biotope werden initiiert und gefördert.

### Tettang

(17 000 Einwohner, Baden-Württemberg)  
Im Mittelpunkt des Beitrags von Tettang steht das Familienzentrum Spatzennest, eine eigenverwaltete Beratungs- und Selbsthilfeeinrichtung, die sich zu einem lebendigen Ort der Begegnung und Unterstützung für die Familien der Stadt entwickelt hat. Die vielfältigen Initiativen des Familienzentrums strahlen auf verschiedene Politikfelder aus, so auf das Wohnungswesen, die Wohnumfeld- und Siedlungsgestaltung, die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik.

### Thum

(3 250 Einwohner, Sachsen)  
Mit seinen vielfältigen Veranstaltungen und Angeboten für Eltern und Kleinkinder, Jugendliche und Senioren kommt dem

**Verteilung der Wettbewerbsbeiträge auf die Bundesländer nach Gemeindegrößenklassen**

Größenklassen (EW)	> 100 000	10 000–100 000	< 10 000	Insgesamt	
				abs.	%
Brandenburg	1	4	11	16	4,4
Berlin	1	0	0	1	0,3
Baden-Württemberg	5	26	12	43	11,8
Bayern	5	27	41	73	20,2
Hessen	3	12	8	23	6,3
Mecklenburg-Vorpommern	0	7	4	11	3,0
Niedersachsen	2	19	6	27	7,4
Nordrhein-Westfalen	11	34	6	51	14,0
Rheinland-Pfalz	3	4	5	12	3,3
Saarland	0	5	1	6	1,6
Sachsen	3	16	12	31	8,5
Sachsen-Anhalt	2	6	16	24	6,6
Schleswig-Holstein	0	7	9	16	4,4
Thüringen	2	11	17	30	8,2
Insgesamt	38	178	148	364	100,0
100,0 %	10,4	48,9	40,7	100,0	

Familien- und Freizeitzentrum eine wichtige „Scharnierfunktion“ für die kommunale Familienpolitik zu. Durch ihre Beteiligung an der „Aktion 55“ wird in Thum versucht, frühzeitig aus dem Berufsleben Ausgeschiedene über die Vereinsstrukturen zur Übernahme von Aufgaben in der Kinder- und Familienarbeit zu motivieren.

### **Würzburg**

(130 000 Einwohner, Bayern)

Seit 1977 sind Leitlinien der Familienpolitik in einem kommunalen Familienprogramm formuliert. Die Würzburger Innovationsfreude wird seit etlichen Jahren durch zwei Formen der Institutionalisierung kommunaler Familienpolitik symbolisiert: Die 1991 gegründete „Arbeitsgemeinschaft Familien in Würzburg“, die mit der Kommunalverwaltung eng zusammenarbeitet, und die als Checkliste ausgestaltete „Familienverträglichkeitsprüfung“, die für alle städtischen Dienststellen, Einrichtungen und Unternehmen verbindlich ist.

### **Zeulenroda**

(15 000 Einwohner, Thüringen)

Das Gesamtkonzept ist tragfähig und umfaßt Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, Horte, einen Tagesmütterdienst, ein Schullandheim-Begegnungszentrum, umfassende Familienberatungs- und -bildungsangebote. Als Beispiel einer äußerst gelungenen Integration unterschiedlicher Einrichtungstypen ist das Haus „Frohe Zukunft“ hervorzuheben, das in vorbildlicher Weise Kindertagsstätte und Seniorenbegegnungsstätte miteinander verbindet.

Auch wenn nicht alle der 364 beteiligten Kommunen ausgezeichnet werden konnten, gibt es in dem Bundeswettbewerb keine Verlierer. Denn die Wettbewerbsausschreibung wurde von vielen Städten und Gemeinden auch dazu genutzt, die Situation von Kindern und Familien auf Verwaltungs- und Politikebene zu diskutieren. Die Beteiligung am Wettbewerb bewirkte in vielen Kommunen, daß sie einen umfassenden Überblick über die Vielzahl der kinder- und familienbezogenen Maßnahmen und Projekte erhielten und sie oftmals zum ersten Mal in dieser Form zusammentrugen.

Ausgezeichnet wurden die Städte und Gemeinden, die jeweils unter ihren Bedingungen besonders umfassend, innovativ und in Kooperation mit anderen Partnern vor Ort ihr kommunales Handeln auf Kinder und Familien ausrichten. Sie erhielten eine mit einem Preisgeld verbundene Auszeichnung und zugleich Sachpreise von den Sponsoren KOMPAN Multikunst Spielgeräte GmbH, playmobil geobra



*Bundesfamilienministerin Claudia Nolte mit den anwesenden Jurymitgliedern (von links nach rechts): Uwe Lübking, Jürgen Knauer, Regierungsdirektorin Gertrud Stoevesandt, Helgard Uls-hoefer, Bundesministerin Claudia Nolte, Regierungspräsident a. D. Erwin Schleberger, Prof. Dr. Clemens Geißler, Dr. Erika Neubauer, Frauke Obländer-Garlichs, Regierungsobererrat Michael Hannich*

Brandstätter GmbH + Co. KG, Rowohlt Verlag, unipor-Ziegel Interessengemeinschaft e.V. und werkform Design GmbH.

### **Wettbewerb als Ideenbörse**

Bundesfamilienministerin Nolte betonte bei der Preisvergabe, daß dieser Bundeswettbewerb als Ideenwettbewerb zu werten sei. Mit den Ergebnissen der Beiträge solle eine Plattform für einen Erfahrungsaustausch über Projekte und Maßnahmen lokaler Familienpolitik geschaffen werden. Dazu dienen zum einen die vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. erstellte Dokumentation sowie die beim Difu bis Mitte 1998 im Internet zur Verfügung stehenden Informationen über den Wettbewerb einschließlich der von allen teilnehmenden Kommunen selbst verfaßten Kurzdarstellungen ihrer Wettbewerbsbeiträge.

Zum anderen eröffnet eine im Difu aus den Wettbewerbsbeiträgen erstellte Datenbank die Möglichkeit, gezielte Informationen über Schwerpunkte und Maßnahmen der kommunalen Familienpolitik zu erhalten. Individualrecherchen werden dem Aufwand entsprechend berechnet – Zuwanderstädte des Difu erhalten dabei eine Ermäßigung.

**Weitere Informationen:**  
**Dipl.-Ing. Christa Böhme**  
**Telefon: 030/39001-291**  
**Dr. rer. pol. Albrecht Göschel**  
**Telefon: 030/39001-253**  
**Dipl.-Ing. Ulrike Meyer**  
**Telefon: 030/39001-270**  
**Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje**  
**Telefon: 030/39001-234**

**Telefax: 030/39001-269**

**E-Mail:**  
**Kinder+Familien@difu.de**

**Internet:**  
**http://www.difu.de/**  
**Kinder+Familien**

# Die Mitarbeiterbefragung in der Kommunalverwaltung

## Instrument der Verwaltungsmodernisierung

Mitarbeiterbefragungen haben Konjunktur. Zahlreiche Kommunalverwaltungen haben die durch sozialwissenschaftliche Methoden gestützte Befragung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Instrument der Organisationsentwicklung und Personalplanung entdeckt. Außerdem wird dieser Befragungstyp von wissenschaftlichen Instituten und Beratungseinrichtungen empfohlen, welche der Verwaltungsreform den Weg bereiten wollen. Welche Besonderheiten charakterisieren Mitarbeiterbefragungen gegenüber anderen Befragungen? Welche organisatorischen und methodischen Gemeinsamkeiten haben Mitarbeiterbefragungen, die bei ihrer Planung, Durchführung und bei der Ergebnisverwertung im interkommunalen Erfahrungsaustausch berücksichtigt werden sollten? Diesen Fragen wurde auf der Grundlage von 30 Praxisbeispielen nachgegangen, die mit dem Umfragennachweissystem DEMOS des Difu aufbereitet und analysiert worden sind.

Die DEMOS-Datenbank des Difu enthält standardisierte Beschreibungen von Befragungen, die von Kommunen selbst oder in deren Auftrag unternommen worden sind oder aus inhaltlichen Gründen für Kommunen von Interesse sind. Die rund 20 standardisierten Kategorien der Umfragebeschreibung charakterisieren inhaltliche, organisatorische und methodische Eigenschaften einer Befragung. Diese Kategorien bildeten auch den Anknüpfungspunkt für die Metaanalyse der 30 Praxisbeispiele. Diese Analyse führte unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

- Mitarbeiterbefragungen sind nicht nur ein „kraftvolles Instrument der Verwaltungsmodernisierung“, sondern – zumindest gegenwärtig – zugleich auch ein besonders komplizierter Typ der Umfrageforschung. Die befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantworten die Fragebögen nicht nur als kompetente Kenner der Verwaltung,

sondern reagieren in ihrem Antwortverhalten zugleich auch empfindlich auf die gegenwärtigen Probleme der Haushaltskonsolidierung. Eine Mitarbeiterbefragung, die diese Überlagerung von Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung vernachlässigt, muß sich den Vorwurf der Realitätsferne gefallen lassen.

- Dies drückt sich bei der Analyse der Praxisbeispiele deutlich in den Beteiligungsquoten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Soweit in den ausgewerteten Befragungsberichten zu den Rückläufen Angaben gemacht worden sind (26 Beispiele), werden sie in der untenstehenden Übersicht zusammengefaßt.

Wer in Mitarbeiterbefragungen ein Instrument der Verwaltungsmodernisierung sieht, das zudem ein besonderes Beteiligungsangebot für die Gestaltung des Modernisierungsprozesses an die Beschäftigten enthält, den muß eine durchschnittliche Rücklaufquote von nur rund 43 Prozent (Medianwert) bzw. 46 Prozent (arithmetisches Mittel) irritieren. So finden sich auch in mehreren Befragungsberichten Interpretationen zur erzielten Rücklaufquote, in denen Enttäuschung über die geringe Resonanz der Befragung zum Ausdruck gebracht wird. Offensichtlich fehlen den Städten bei der Würdigung ihrer Ergebnisse aber auch Vergleichszahlen und Orientierungswerte aus dem interkommunalen Erfahrungsaustausch, denn die Rücklaufquoten liegen bei diesem Befragungstyp allgemein unterhalb der erwarteten Beteiligung und müssen nicht ausschließlich auf besondere örtliche Umstände zurückgeführt werden.

- Mitarbeiterbefragungen haben Gemeinsamkeiten, aber auch eine Fülle von Ausgestaltungsmöglichkeiten, in denen sich die spezifischen Besonderheiten des Informationsbedarfs ausdrücken. Als äußeres Merkmal hierfür kann die unterschiedliche Länge der Fragebögen gelten, die in den ausgewerteten Beispielen verwendet worden sind:

Die Zahl der gestellten Fragen reicht von vier bis 123. Die Spannweite von 119 signalisiert, daß in den Städten

### Rücklaufquoten von 26 Mitarbeiterbefragungen

Median	43,2 %	Spannweite	55,7
Arithmetisches Mittel	46,2 %	Standardabweichung	15,2
Minimum	11,3 %	Varianz	231,8
Maximum	67,0 %	Variationskoeffizient	35,2

recht unterschiedliche Fragenprogramme verwendet werden, in denen sich unterschiedliche Untersuchungsziele ausdrücken. Gleichwohl ist der interkommunale Erfahrungsaustausch auch bei der Entwicklung der Fragebögen von Nutzen. Frageformulierungen, die zu einem hohen Rücklauf führen, können von anderen Städten übernommen werden, wodurch zusätzliche Möglichkeiten für die Interpretation der Befragungsergebnisse im Städtevergleich eröffnet werden.

Dies ist in besonderer Weise durch die üblicherweise gestellten Fragen zur „Sozialstatistik“ der Befragten der Fall, mit denen differenzierte Ergebnisanalysen unternommen werden können. In welcher Weise bestimmen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Ausbildung, Beschäftigungsdauer, die Art des Beschäftigungsverhältnisses oder die Stellung in der Hierarchie das Antwortverhalten der Befragten? Vergleichbar gestellte Fragen der Sozialstatistik ermöglichen Aussagen zu der Überlegung, ob es sich bei den Ergebnissen einer Mitarbeiterbefragung um örtliche Besonderheiten oder um für Kommunalverwaltungen typische Befunde handelt. Die Analyse der Beispiele zeigt, daß die Fragen zur Demographie der Befragten in höchst unterschiedlicher Weise gestellt werden, wodurch interkommunale Ergebnisvergleiche von vornherein erschwert werden.

Generell verdient der Problembereich Datenschutz bei Befragungen hohe Aufmerksamkeit. Mitarbeiterbefragungen hingegen enthalten zusätzliche Elemente der persönlichen Betroffenheit, welche den Anforderungen des Datenschutzes zusätzliche Bedeutung geben. Das gilt auch deswegen, weil üblicherweise erklärtes Ziel einer solchen Befragung die unmittelbare Umsetzung der Ergebnisse in Maßnahmen ist, die den Modernisierungszielen der Verwaltung dienen.

Die ausgewerteten Befragungsberichte zeigen, daß mit den verschiedensten organisatorischen Vorkehrungen einerseits die Einhaltung des Datenschutzes gesichert, andererseits aber auch dem Interesse aller Befragten an einer weitgehenden Unterrichtung über die Befragungsergebnisse entsprochen werden soll. Wie aber soll nach Ämtern differenziert beispielsweise mit Ergebnissen der Vorgesetztenbewertung aus Mitarbeitersicht umgegangen werden? Bei dieser Frage schneiden übrigens die „unmittelbaren Vorgesetzten“ regelmäßig besser ab als

die „entfernteren“ mittelbaren Vorgesetzten der Verwaltungsspitze. Ansonsten scheint sich in der Art und Weise des Umgangs mit dem Datenschutz bei Mitarbeiterbefragungen auch der jeweilige Stand der „Verwaltungskultur“ einer Stadt insgesamt auszudrücken: Was in einer Stadt an Schwierigkeiten „problemlos“ überwunden wird, kann anderswo im Extremfall nur unter Einschaltung von Landesbehörden gelöst werden.

In vielen Städten werden Mitarbeiterbefragungen mit komplementären Befragungen etwa des Verwaltungspublikums, der Nutzerinnen und Nutzer kommunaler Einrichtungen oder mit allgemeinen Bürgerbefragungen kombiniert. Solche Befragungskombinationen führen zu interessanten Möglichkeiten des Ergebnisvergleichs. Zur Illustration soll hier nur auf das Beispiel unterschiedlicher Bewertungsmöglichkeiten der Öffnungszeiten von Verwaltungen mit Publikumsverkehr aus der Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Behördenbesucherinnen und -besucher oder der Bürgerinnen und Bürger hingewiesen werden.

Nach dem vorläufigen Abschluß der Analyse von Praxisbeispielen bei Mitarbeiterbefragungen hat das Difu in Kooperation mit dem Lehrstuhl für empirische Sozialwissenschaften der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer mittlerweile mit einer analogen Sammlung und Analyse von Kunden- und Nutzerbefragungen begonnen. Daher bitten wir darum, dem Difu weitere einschlägige Materialien (Befragungsbericht einschließlich eines Belegexemplars des verwendeten Fragebogens) für die Erfassung in der DEMOS-Datenbank zuzusenden. Hierfür sind vor allem Befragungsbeispiele willkommen, in denen die Verwaltung, aber auch einzelne kommunale Einrichtungen aus Bürger- bzw. Kundensicht bewertet werden. Bitte senden Sie die Unterlagen an folgende Anschrift:

Deutsches Institut für Urbanistik  
Arbeitsbereich Information und Dokumentation  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

**Seminar:  
Kommunale  
Gesundheitspolitik –  
Gesundheitsförderung in  
der Stadt auf neuen Wegen**

**Berlin vom 8. bis 11.12.1997**

**In diesem Seminar soll zum einen der gegenwärtige Stand der Bemühungen um eine zeitgemäße städtische Gesundheitspolitik dargelegt und erörtert werden, zum anderen wird nach dem Leitbild einer künftigen Gesundheitspolitik und deren Umsetzung gefragt.**

**Zielgruppe: Dezenten und Dezentnerinnen aus dem Sozialbereich sowie leitende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes, des Sozialamtes, der Stadtplanung, der Stadtentwicklungsplanung sowie Ratsmitglieder.**

**Weitere Informationen:  
Eva Alber  
Telefon: 030/39001-258  
Telefax: 030/39001-268**

**Weitere Informationen:  
Dr.-Ing. Michael Bretschneider  
Telefon: 030/39001-281  
E-Mail: bretschneder@difu.de**

**Bestellung:  
siehe Bestellschein**

**Fragenanzahl in 30 Mitarbeiterbefragungen**

Median	46	Spannweite	119
Arithmetisches Mittel	4	Standardabweichung	32,4
Minimum	4	Varianz	1048
Maximum	123	Variationskoeffizient	58,1



# Facility Management in der Kommunalverwaltung

## Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Geogr. Holger Floeting  
Telefon: 030/39001-221/-202  
E-Mail: floeting@difu.de

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein

Der Umgang mit kommunalen Liegenschaften und Gebäuden rückt bei der Betrachtung von Sparpotentialen in den kommunalen Haushalten immer stärker ins Blickfeld. Immerhin stellen allein die Gebäudeunterhaltungskosten nach den Personalausgaben meist den größten Ausgabenblock des Verwaltungshaushalts dar. In der Privatwirtschaft war eine erhoffte Kostenersparnis der wesentliche Anreiz zur Modernisierung des Immobilien- und Anlagenmanagements. Der Kostendruck wächst jedoch auch bei den Kommunen und fördert daher einen eher marktorientierten Umgang mit eigenen und angemieteten Gebäuden. Das neue Steuerungsmodell und die Budgetierung verdeutlichen die Probleme der bisherigen Organisation von Liegenschafts-, Gebäudeverwaltung und -bewirtschaftung, die sich vor allem aus der fehlenden Kostentransparenz bei der Ressource Gebäude ergeben, und legen organisatorische Veränderungen in diesem Bereich dringend nahe.

Das Deutsche Institut für Urbanistik befragte 1996 alle deutschen Städte mit 50 000 und mehr Einwohnern und alle Städte – auch kleinere –, die die Arbeit des Difu kontinuierlich finanziell mittragen, zu ihren Aktivitäten im Bereich Liegenschaftsmanagement und Gebäudebewirtschaftung. Die Befragung bezog sich ausschließlich auf die von den Stadtverwaltungen genutzten Büroflächen

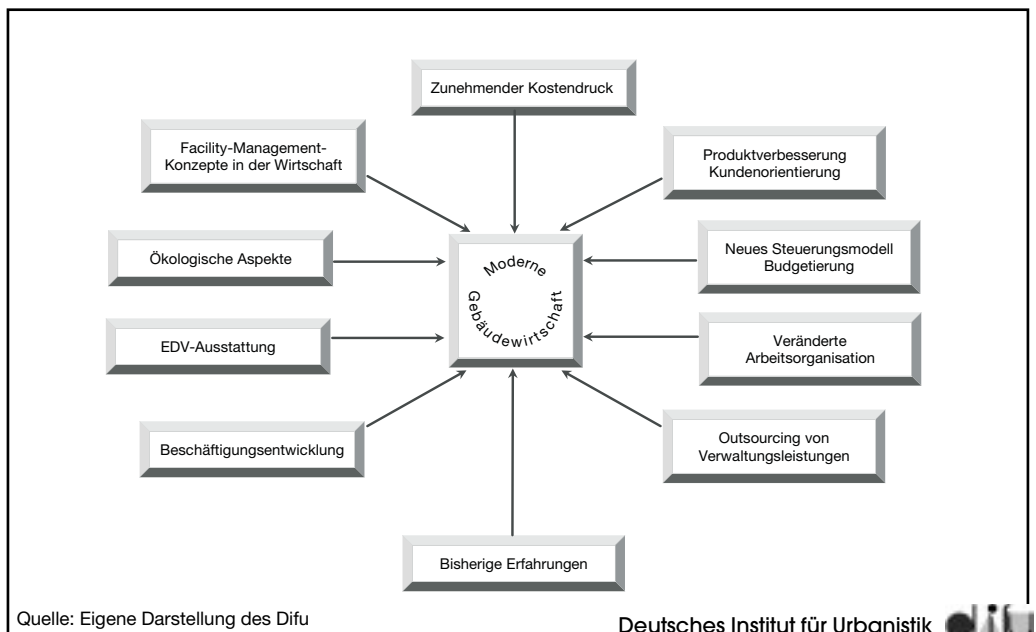
(einschließlich angemieteter Flächen) in Verwaltungsgebäuden unter bewußter Ausgrenzung von Freiflächen und „Sonderflächen“ wie Schulen, Bibliotheken usw. Rund 56 Prozent der befragten Städte beteiligten sich an der Umfrage.

Verbesserungen im Umgang mit kommunalen Liegenschaften sind für die befragten Städte ein wichtiges Thema – dies wird bereits daraus deutlich, daß mehr als 90 Prozent der antwortenden Städte der Meinung sind, daß die Kommunen sich stärker mit dem Thema einer modernisierten Liegenschaftsverwaltung oder der Einführung von Facility Management befassen sollten. Nach wie vor ist die Organisation der Liegenschaftsverwaltung und Gebäudebewirtschaftung in den deutschen Städten dadurch gekennzeichnet, daß es eine Vielzahl von Verantwortlichen für Teilbereiche gibt.

Die Umfrage spiegelt die Einschätzung der Städte zur Entwicklung der Organisation von Liegenschaftsverwaltung und Gebäudebewirtschaftung, Outsourcing-Möglichkeiten in diesem Bereich, den Potentialen eines modernen Liegenschafts- und Gebäudemanagements, den Zielen der Modernisierung und möglichen Umsetzungshindernissen wider.

Die gesamten Ergebnisse sind als Aktuelle Information „Facility Management“ erschienen.

*Einflußfaktoren bei der Entwicklung einer modernen Gebäudewirtschaft in der Kommunalverwaltung*



# Städte im Netz

## Elektronische Informationssysteme der Kommunen – Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage

Mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik haben sich Kommunen bisher vor allem im Zusammenhang mit der EDV-Ausstattung der eigenen Verwaltung befaßt. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft werden jedoch neue Handlungsfelder offenbar. Einer dieser kommunalen Aufgabenbereiche ist die elektronische Bereitstellung von Informationen für Dritte. Bis vor kurzem war das elektronische Informationsangebot deutscher Städte noch sehr begrenzt. Mittlerweile findet der „Internet-Boom“ auch in den Kommunen statt,

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat im Sommer 1997 eine Umfrage unter den deutschen Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern zu deren elektronischen Informationsangeboten durchgeführt. Die Umfrage ist Teil einer umfassenden Difu-Untersuchung elektronischer Informationsangebote von Kommunen im World Wide Web (WWW) des Internet und wird durch die Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V. finanziert. An der Umfrage beteiligten sich rund 57 Prozent der angeschriebenen Städte. Ergänzend dazu wurde eine Recherche im WWW des Internet zum derzeitigen Stand der Online-Präsenz deutscher Städte durchgeführt. Einbezogen waren alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Rund 86 Prozent der antwortenden Städte sehen in der Bereitstellung von elektronischen Stadtinformationen eine kommunale Aufgabe. Die Städte stellen sich damit offensiv neuen Anforderungen, die mit der Entwicklung der Informationsgesellschaft verbunden sind.

In 64 Prozent der deutschen Städte bestehen nach eigenen Angaben bereits elektronische Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme. Es ist – wie Stichproben zeigen – aber anzunehmen, daß der tatsächliche Anteil bereits existierender Angebote noch höher liegt, da zum Teil in der Online-Recherche nachgewiesene Angebote in einzelnen Stadtverwaltungen nicht bekannt waren.

Die Befragung dokumentiert den aktuellen Stand kommunaler Aktivitäten im Bereich elektronischer Bürger-, Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme in Deutschland und betrachtet im einzelnen:

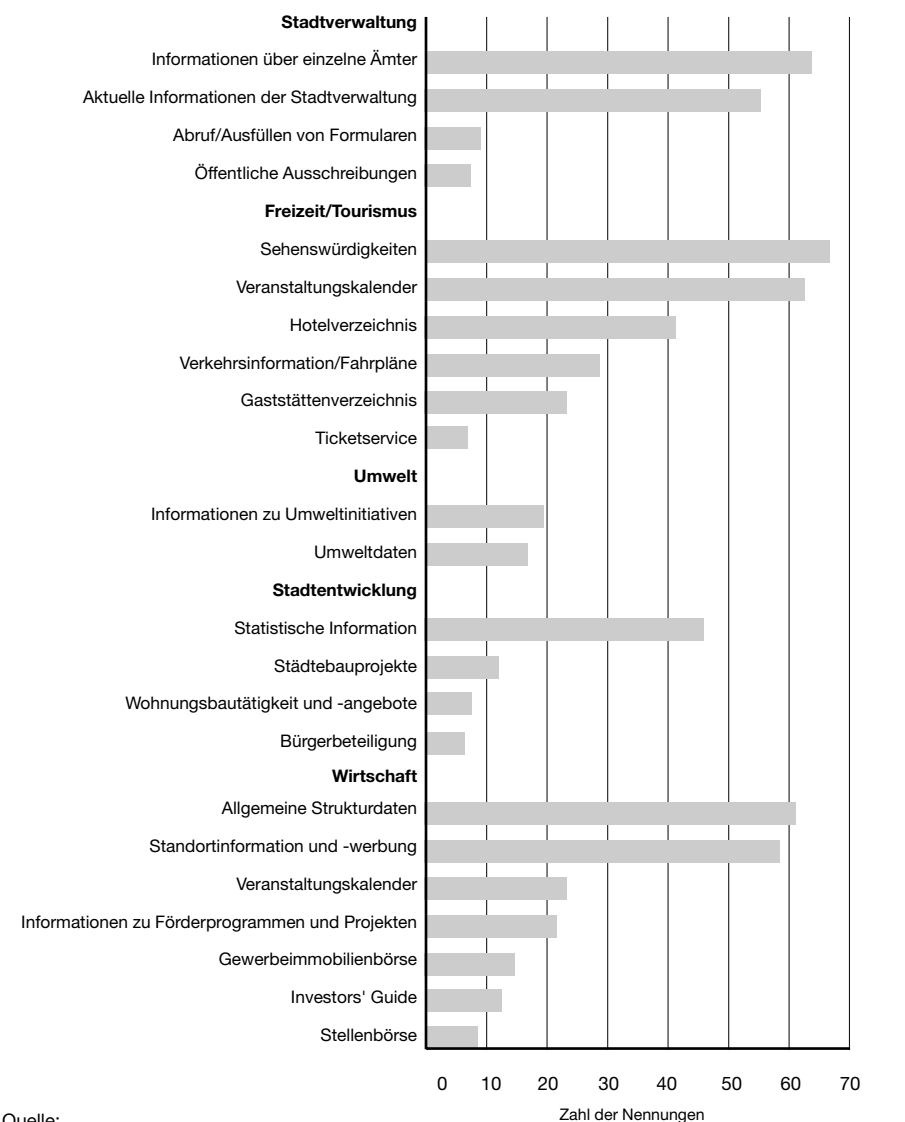
- die Themenpalette der Angebote,
- die Gestaltung (besonders Interaktivität und Aktualität),
- Ziele und Zielgruppen,
- Betreiberstruktur,
- Kooperationsmöglichkeiten sowie
- Entwicklungshemmnisse.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind als Aktuelle Information „Städte im Netz“ erschienen.

**Weitere Informationen:**  
**Dipl.-Geogr.**  
**Holger Floeting**  
**Telefon: 030/39001-221/-202**  
**E-Mail: floeting@difu.de**

**Bestellung:**  
**siehe Bestellschein**

### Themen kommunaler Informations- und Dialogangebote



Quelle:  
Difu-Umfrage „Elektronische Stadt- und  
Wirtschaftsinformationssysteme 1997“

Deutsches Institut für Urbanistik

# Fallstudienstädte gesucht

## Auswirkungen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Sozialbereich auf die Lebenssituation der Einwohner der Kommunen

**Exklusivangebot  
für Difu-Zuwanderstädte**

Die Haushaltsentwicklung der Kommunen war in den vergangenen Jahren durch niedrige Steuereinnahmen, verringerte Zuweisungen von Bund und Ländern an die Kommunen und Zusatzbelastungen bei den sozialen Leistungen geprägt. Daher weisen immer mehr Städte „in hohem Maße defizitäre Verwaltungshaushalte“ auf (Gemeindefinanzbericht 1996) und betreiben intensiv Haushaltskonsolidierung. Die Städte reagierten in den vergangenen Jahren mit einer Vielzahl von Einsparungsmaßnahmen und sind auch in Zukunft gezwungen, ihre Ausgaben weiterhin einzuschränken. Beispiele hierfür sind:

- rückläufige Investitionen,
- Schließung von Einrichtungen,
- Reduzierung der Angebote bzw. Übertragung von Aufgaben auf freie Träger,
- Reduzierung bzw. Nichtbesetzung von Stellen,
- Kürzung der Öffnungszeiten sowie
- steigende Gebühren und Eintrittspreise.

Parallel zum Einsparungskurs der Kommunen verfügen viele Bürger über geringere Einkommen (Nettoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung sind seit 1980 nahezu gleich geblieben, das verfügbare Einkommen von Beamtenhaushalten und Angestellten ist – nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – seit 1980 bis zu zehn Prozent gesunken). Darüber hinaus ist ein wachsender Anteil der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Viele Familien leben an der Armutsgrenze, nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutzzentren gelten 2,2 Millionen Kinder in Deutschland als arm.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage, wie sich die durch Haushaltskonsolidierung vorgenommenen Einschränkungen – vor allem im Sozialbereich – auf die Lebenssituation bestimmter Bevölkerungsgruppen auswirken ebenso an Brisanz, wie die Frage, ob und wie es gelingen kann, nachteilige Folgen von Sparmaßnahmen zu verhindern.

Das Difu wird zu diesen Fragen eine Studie durchführen, um durch Auswertung der Haushaltspläne und Gespräche mit Mitgliedern der Verwaltung, des Rates sowie der Wohlfahrtsverbände die in den letzten Jahren durchgeführten Sparmaßnahmen, ihren Umfang und die Begründung, warum in diesen Bereichen Einsparungen vorgenommen wurden oder werden, zu ermitteln.

Darüber hinaus sollen Nutzerinnen und Nutzer verschiedener, angebotsreduzierter Einrichtungen, danach befragt werden, ob und wie sich ihre Lebenssituation verändert hat, ob sie Kompensationsmöglichkeiten sehen und nutzen. Durch Auswertung von Nutzungskarteien und Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen des sozialen Bereichs soll außerdem ermittelt werden, ob und wie sich die Nutzungsstruktur durch Sparmaßnahmen wie Gebührenerhöhungen, veränderte Öffnungszeiten oder reduzierte Personalschlüssel geändert hat und ob bestimmte Bevölkerungsgruppen die Einrichtung nicht mehr nutzen oder nutzen können.

Das Difu beabsichtigt, diese Untersuchung in Kooperation mit interessierten Städten durchzuführen und wendet sich hierbei exklusiv an die Zuwanderstädte des Instituts.

Städte, die sich als Fallstudienstädte an der Untersuchung beteiligen möchten, wenden sich bitte an das

Deutsches Institut für Urbanistik  
Arbeitsbereich Stadtentwicklung  
und Recht  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

Nähere Informationen über Beteiligungsformen, Fragestellungen und den Umfang der Fallstudien, die zu erwartenden Erkenntnisse für die beteiligten Städte, die Höhe einer finanziellen Beteiligung und den Bearbeitungszeitraum können beim Difu erfragt werden.

**Weitere Informationen:  
Dipl.-Volksw.  
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje  
Telefon: 030/39001-234**

# Energie-Tische

## Eine Zwischenbilanz

Im Rahmen des Projekts „Bundesweite Kampagne zur freiwilligen CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ erhalten Kommunen die Möglichkeit, in ihrer Stadt oder Gemeinde „Energie-Tische“ einzurichten, um so die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an der Klimaschutzpolitik anzuregen. Das Projekt wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Institut für Organisationskommunikation (IFOK), Bensheim, durchgeführt. Diese Energie-Tische sind so konzipiert, daß sich etwa 25 Bürgerinnen und Bürger – auch Multiplikatoren, Gewerbebetriebe und Dienstleistungseinrichtungen – treffen, um unter Leitung eines Moderators und unterstützt durch Energie- und Umweltexperten umsetzungsorientierte Projekte für ihre Stadt zu erarbeiten. Diese Projekte sollen so ausgerichtet werden, daß sie von den Mitgliedern der Energie-Tische bzw. den Institutionen, die sie vertreten, selbständig umgesetzt werden können. Das bedeutet, daß die Energie-Tische keine unverbindlichen Diskussionsrunden sein dürfen.

Nach einer Pilotphase – die Städte Bensheim, Dessau und Heidelberg hatten in den Jahren 1995 und 1996 solche Energie-Tische „probeweise“ eingerichtet – startete die Kampagne im August 1996 in weiteren Modellstädten.

Der Zweck der Energie-Tische besteht darin, die von der Kommune bereits begonnene Arbeit zum Klimaschutz sinnvoll zu ergänzen. Deshalb werden die Themen für die Energie-Tische auch von der jeweiligen Kommune selbst ausgewählt. Dabei ist von besonderem Interesse, in welchen Bereichen die Kommune große CO<sub>2</sub>-Minderungseffekte erwartet. Mehrere Städte haben das Thema der Gebäudesanierung aufgegriffen. Ein Vergleich der Energie-Tische dieser Städte macht jedoch deutlich, daß in Abhängigkeit von stadtspezifischen Rahmenbedingungen auch unterschiedliche Schwerpunkte in der Arbeit gesetzt werden.

Bei der Auswahl der Themen – wie auch bei der grundsätzlichen Entscheidung für einen Energie-Tisch – ist neben der Ausschöpfung von Energiesparpotentialen noch ein zweiter Gesichtspunkt von Bedeutung: Die Kommune hat ausschließlich auf den Energieverbrauch in ihren eigenen Liegenschaften direkte Einflußmög-

lichkeiten. Energiesparaktivitäten anderer Verbrauchergruppen wie der Haushalte, Gewerbe- oder Industriebetriebe kann die Kommune nur indirekt beeinflussen. Der Energie-Tisch ist hier ein Instrument, um den Handlungsspielraum zu erweitern, Energiesparmaßnahmen zu initiieren und Verbrauchergruppen zu motivieren. Die Ergebnisse beispielsweise der Energie-Tische Dessau, Sulzbach/Ts. oder Speyer haben gezeigt, daß es möglich ist, diese Verbrauchergruppen durch ihre Teilnahme zu eigenverantwortlichem Handeln anzuregen. Entscheidend dabei ist, daß diese Zielgruppen die Projekte selbst entwickeln – also „bottom up“ anstatt „top down“. Eine solche Strategie hat somit zur Folge, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach dem erfolgreichen Abschluß des offiziellen Energie-Tischs auch ohne die Begleitung durch das IFOK und das Difu die konzipierten Projekte umsetzen und neue entwickeln. In Bensheim und Sulzbach/Ts. beispielsweise gründeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Verein und entwickelten damit eine verbindliche Struktur für die weitere Arbeit.

Die Energie-Tische sind – auch im Sinne der Lokalen Agenda 21 – ein erfolgversprechender partizipativer Ansatz, um die verschiedensten Akteurinnen und Akteure in die Klimaschutzaktivitäten einer Kommune einzubeziehen. Dieser Ansatz ist prinzipiell auch auf andere Themenbereiche übertragbar.

### Energie-Tische

bereits abgeschlossen:

Bensheim, Dessau, Heidelberg, Ludwigshafen a.R., Offenburg, Speyer, Stuttgart, Sulzbach/Ts.,

zur Zeit laufend:

Kreis Amberg-Sulzbach, Arnsberg, Barsinghausen, Bocholt, Frankfurt a.M., Halle/Saale, Kreis Hersfeld-Rotenburg, Koblenz, Lübeck-Travemünde, Nürnberg

(Stand Oktober 1997)

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik  
Straße des 17. Juni 112  
D-10623 Berlin

### Redaktion und Layout

Axel Krämer  
Cornelia Schmidt  
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

### DTP

Rolando A. Laube  
Eva Hernández

### Pressestelle

Telefon: (030) 390 01-208/209  
Telefax: (030) 390 01-130  
E-Mail: pressestelle@difu.de  
Internet: <http://www.difu.de>

### Erscheinungsweise

vierteljährlich

### Druck

Alb. Sayffaerth –  
Emil Lothar Krohn

### Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die „Berichte“ werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Informationen:**  
**Dr.-Ing. Annett Fischer**  
**Telefon: 030/39001-110**

## Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

- \_\_Expl. **Entscheidungsfelder städtischer Zukunft**  
von Dietrich Henckel u.a.  
1997. Bd. 90. 355 S., 56 Abb., 11 Tab.,  
2 Übers., DM 78,-, ISBN 3-17-015037-5  
Difu-Neuerscheinung im Verlag W. Kohlhammer  
Bestellungen beim Verlag  
Tel.: 0711/78 63-280  
Fax: 0711/78 63-430

## Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- \_\_Expl. **Public Private Partnership im Städtebau**  
Erfahrungen aus der kommunalen Praxis  
Acht Fallbeispiele aus nordrhein-  
westfälischen Städten  
von Werner Heinz, Carola Scholz  
1996. Bd. 23. 275 S., 30 Abb., 5 Tab., 10 Übers.,  
Anhang; DM 58,-, ISBN 3-88118-218-7
- \_\_Expl. **Kommunale Standards in der Diskussion**  
Setzung und Abbau von Standards am Beispiel  
der Kindergärten  
von Michael Reidenbach  
1996. Bd. 22. 170 S., 19 Abb., 10 Tab., Anhang  
DM 43,-, ISBN 3-88118-217-9
- \_\_Expl. **Kommunale Wirtschaftsförderung in den  
90er Jahren**  
Ergebnisse einer Umfrage  
von Beate Hollbach-Grömig  
1996. Bd. 21. 130 S., 26 Abb., 4 Tab., DM 38,-,  
ISBN 3-88118-221-7
- \_\_Expl. **Die Flächennutzungsplanung –  
Bestandsaufnahme und Perspektiven  
für die kommunale Praxis**  
von Arno Bunzel, Ulrike Meyer  
1996. Bd. 20. 236 S., 27 Abb., 15 Tab., 29 Übers.,  
DM 48,-, ISBN 3-88118-214-4

## Umweltberatung für Kommunen

- \_\_Expl. **Entlastung des Kommunalhaushalts  
durch Energiesparen**  
Dokumentation des 2. Deutschen Fachkongresses der  
kommunalen Energiebeauftragten  
Hrsg. von Annett Fischer, Carlo Kallen  
1997. 154 S., 20 Workshop-Beiträge,  
Schutzgebühr DM 40,-, ISBN 3-88118-240-3
- \_\_Expl. **Bodenschutz**  
Einführung und Wegweiser zu Adressen,  
Zeitschriften, Literatur  
von Martina Edelmann, Christiane Heiß,  
Thomas Preuß, Cornelia Rösler, Wolfgang Roth  
1997. 136 S., 7 Abb., 10 Tab.  
DM 36,- (DM 20,- für Kommunen NBL)  
ISBN 3-88118-241-1

Bitte senden Sie  
mir ein Verzeichnis  
aller lieferbaren  
Difu-Publikationen  
zu (kostenfrei).

Vorname und Name: \_\_\_\_\_  
Dienststelle: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
Telefon/Telefax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift/Stempel: \_\_\_\_\_

## Materialien

- \_\_Expl. **Die Mitarbeiterbefragung in der  
Kommunalverwaltung**  
Eine Methodenanalyse von Praxisbeispielen  
von Michael Bretschneider  
Bd. 5/97. 144 S., Schutzgebühr DM 35,-  
ISBN 3-88118-238-1
- \_\_Expl. **Städte ohne Produktion?**  
Das Fallbeispiel Potsdam  
von Busso Grabow, Dietrich Henckel, Gerd Kühn  
Bd. 4/97. 112 S., Schutzgebühr DM 35,-  
ISBN 3-88118-233-0
- \_\_Expl. **Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin**  
Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadt-  
entwicklung, Umweltschutz und Technologie  
von Günter Bassner (Bassner, Möller & Langwald  
GmbH), Heidede Becker, Robert Sander  
Bd. 3/97. 140 S., Anhang, Schutzgebühr DM 35,-  
ISBN 3-88118-235-7
- \_\_Expl. **Verkehr im Quartier. Wege einer stadtverträglichen  
Verkehrs- und Freiraumentwicklung im Bestand**  
Das Beispiel Berlin-Prenzlauer Berg  
von Michael Lehmbeck, Rainer Schneewolf  
Bd. 2/97. 191 S., Schutzgebühr DM 45,-  
ISBN 3-88118-232-2

## Arbeitshilfen

- \_\_Expl. **Perspektivenwerkstatt**  
Hintergründe und Handhabung des  
„Community Planning Weekend“  
von Andreas von Zadow  
Deutsche Neufassung des Handbuchs  
„Action Planning“ von Nick Wates  
1997. 104 S., Schutzgebühr DM 30,-  
ISBN 3-88118-231-4

## Aktuelle Information

- \_\_Expl. **Städte im Netz**  
Elektronische Bürger-, Stadt- und Wirtschafts-  
informationssysteme der Kommunen –  
Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage  
von Holger Floeting, Steffi Gaevert u.a.  
1997. 16 S., Schutzgebühr DM 10,-
- \_\_Expl. **Facility Management**  
Zum Stand der Modernisierung von Liegenschafts-  
verwaltung und Gebäudewirtschaft in deutschen  
Städten – Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage  
von Holger Floeting, Gerlinde Barthelme  
1997. 12 S., Schutzgebühr DM 10,-